

Erwartungen, Erfahrungen und Emotionen

Beobachtungen zu drei Wirtschaftskrisen im 20. Jahrhundert

Kristoffer Klammer

I. Einleitung

Für Zeitgenoss/-innen des 20. und 21. Jahrhunderts war und ist die Konfrontation mit gegenwärtigen, drohenden oder überstandenen Wirtschaftskrisen eine Alltagserfahrung. Von »Wirtschaftskrisen¹ zu sprechen, bürgerte sich spätestens Mitte des 19. Jahrhunderts ein.² Sieht man von einigen Jahren zu Beginn der zweiten Jahrhunderthälfte ab, ist die wirtschaftsbezogene Krisenrede seit dem 20. Jahrhundert ein ubiquitär verbreitetes Phänomen – so wie das 20. Jahrhundert ohnehin als ein Säkulum der Krisen gelten kann.³ Gleichwohl oder vielleicht gerade deshalb entzieht sich die Frage, was Wirtschaftskrisen sind, einer einfachen und eindeutigen Antwort. Für die Zusatzfrage, wie sie zu untersuchen sind, um ihrer Gesamtkomplexität gerecht zu werden, gilt dies in potenziertem Maße. Längst sind Wirtschaftskrisen nicht mehr allein oder vorrangig Gegenstand wirtschaftsgeschichtlicher oder wirtschaftswissenschaftlicher Forschungen, sondern sie haben das Interesse zahlreicher wissenschaftlicher (Sub-)Disziplinen geweckt. So vielfältig wie mithin die methodischen Herangehensweisen ausfallen, so unterschiedlich erscheinen auch die unterstellten Krisenverständnisse.⁴

-
- 1 Um einen bestimmten Begriff zu thematisieren oder den metaphorischen Gehalt eines Wortes zu betonen, werden einfache Anführungszeichen verwendet. Doppelte Anführungszeichen sind allein Zitaten vorbehalten.
 - 2 Vgl. Koselleck, Reinhart: »Krise«, in: Ders./Otto Brunner/Werner Conze (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. Band 3, Stuttgart: Klett-Cotta 1982, S. 617–650, hier S. 641.
 - 3 Vgl. Graf, Rüdiger: »Die Krise als epochemachender Begriff«, in: Martin Sabrow/Peter Ulrich Weiß (Hg.), *Das 20. Jahrhundert vermessen. Signaturen eines vergangenen Zeitalters (= Geschichte der Gegenwart*, Band 13), Göttingen: Wallstein 2017, S. 161–178.
 - 4 Für Kommentare und Hinweise danke ich herzlich Jonas Kreienbaum (Rostock).

Originär wirtschaftsgeschichtliche Studien koppeln ›Krise‹ eng an konjunkturelle Abschwungs- oder Depressionsphasen. So definiert Werner Plumpe Wirtschaftskrisen als die »mehr oder weniger regelmäßigen Störungen der gesamtwirtschaftlichen Leistung«.⁵ Jan-Otmar Hesse versteht unter Krisen insbesondere die Phasen »einer Schrumpfung des durchschnittlichen Sozialprodukts« und spricht vom »Normalwachstum«, das »immer wieder von tiefen Wirtschaftskrisen unterbrochen« werde.⁶ Explizite Krisendefinitionen lassen sich anders. In mancher Weise befindet sich die Wirtschaftsgeschichte damit im Einklang mit den Wirtschaftswissenschaften, die heute ebenfalls keinen scharf definierten Krisenbegriff pflegen.⁷

Aus historisch-sozialwissenschaftlicher Perspektive hat Hansjörg Siegenthaler Krisen als Phasen charakterisiert, in denen kommunikationsbasierte »Prozesse fundamentalen Lernens« notwendig werden und stattfinden.⁸ (Ökonomische) Krisen entstehen demnach, wenn Akteure registrieren, dass sie mit ihrem bisherigen Wissen erwarteten ökonomischen Herausforderungen nicht mehr adäquat begegnen können. Die auf diese Weise ausgelösten Lernprozesse führen nicht allein zu Umbrüchen in Wissen und Handlungsweisen individueller Akteure, sondern provozieren auch institutionellen Wandel.⁹

Studien aus der Diskurslinguistik sowie den Kommunikations- und Literaturwissenschaften beschäftigten sich zuletzt wiederholt mit den sprachlichen und sprachbildlichen Mechanismen der Konstruktion von Wirtschaftskrisen.¹⁰ Zeitlich

5 Plumpe, Werner: *Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart*, München: C.H. Beck 2010, S. 11.

6 Hesse, Jan-Otmar: *Wirtschaftsgeschichte. Entstehung und Wandel der modernen Wirtschaft*, Frankfurt a.M.: Campus 2013, S. 36, 39.

7 Vgl. Nützenadel, Alexander: »Der Krisenbegriff der modernen Ökonomie«, in: Thomas Mergel (Hg.), *Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen*, Frankfurt a.M.: Campus 2012, S. 47–58.

8 Siegenthaler, Hansjörg: *Regelvertrauen, Prosperität und Krisen. Die Ungleichmäßigkeit wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung als Ergebnis individuellen Handelns und Lernens*, Tübingen: Mohr Siebeck 1993, u.a. S. 16f.

9 Konzise zu Siegenthalers Krisentheorie auch Tanner, Jakob: »Krise«, in: Christof Dejung/Monika Domman/Daniel Speich Chassé (Hg.), *Auf der Suche nach der Ökonomie. Historische Annäherungen*, Tübingen: Mohr Siebeck 2014, S. 153–181, hier S. 172–174.

10 Vgl. unter anderem: Lämmle, Kathrin/Peltzer, Anja/Wagenknecht, Andreas (Hg.): *Krise, Cash & Kommunikation. Die Finanzkrise in den Medien*, Konstanz: UVK 2012; Meyer, Carla/Patzel-Mattern, Katja/Schenk, Gerrit Jasper (Hg.): *Krisengeschichte(n). ›Krise‹ als Leitbegriff und Erzählmuster in kulturwissenschaftlicher Perspektive* (= Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte – Beihefte, Band 210), Stuttgart: Steiner 2013; Wengeler, Martin/Ziem, Alexander (Hg.): *Sprachliche Konstruktionen von Krisen. Interdisziplinäre Perspektiven auf ein fortwährend aktuelles Thema (= Sprache – Politik – Gesellschaft, Band 12)*, Bremen: Hempen 2013; Römer, David: *Wirtschaftskrisen. Eine linguistische Diskursgeschichte (= Sprache und Wissen, Band 26)*, Berlin: De Gruyter 2017.

lag ihr Schwerpunkt auf der Gegenwart und der jüngeren Zeitgeschichte seit den 1970er Jahren. Sie rückten die Muster in den Mittelpunkt, mit denen Krisen als Deutungen hervorgebracht und dargestellt wurden und werden. So ermöglichen sie, konkret nachzuvollziehen, wie in (massen-)medialen Öffentlichkeiten das Wissen über das Vorliegen einer ‚krisenhaften‘ Situation vermittelt wird. Hier erscheinen Wirtschaftskrisen als politisch äußerst wirkmächtige Modi der Beschreibung eines Wirtschaftszustands, der aktuell oder perspektivisch als problematisch eingestuft wird.¹¹

Diese lediglich exemplarische und radikal verknappte Gegenüberstellung von Krisenverständnissen ließe sich mit Blick auf andere Disziplinen mühevlos ergänzen und präzisieren. Sie allein zeugt aber bereits von der keineswegs überraschenden Tatsache, dass es ein einheitliches, interdisziplinär geteiltes Verständnis von Wirtschaftskrisen nicht gibt und wohl auch nicht geben kann. Die Ansatzpunkte und leitenden Interessen bei der Suche nach der Antwort auf die Frage, woraus Wirtschaftskrisen resultieren, sind schlicht zu unterschiedlich. Im Umkehrschluss führt die Vielfalt der Zugänge plastisch vor Augen, dass es sich bei Wirtschaftskrisen um hochgradig facettenreiche und komplexe Phänomene handelt. Insofern erscheinen nicht nur sämtliche Zugänge legitim. Vielmehr wäre idealiter perspektivisch eine synthetisierende Krisendarstellung wünschenswert, die aufzeigt, dass und wie Wirtschaftskrisen Komplexe mit ökonomischen, politischen und medialen Anteilen sind. Denn zweifellos müssen Veränderungen in der ökonomisch-strukturellen Sphäre (die statistisch zeitversetzt beispielsweise als konjunkturelle Veränderungen sichtbar werden) vorliegen, um die Deutung einer Wirtschaftskrise plausibel werden zu lassen. Genauso zweifellos aber resultiert die politische und gesellschaftliche Wirkmacht von Wirtschaftskrisen erst aus dem Zusammenspiel ökonomischer Veränderungen und öffentlicher Interpretationen. Kurzum: Die Semantik – oder präziser: die weithin geteilte Deutung – macht die ›Krise‹, aber die Möglichkeit zu dieser Deutung ist unabdingbar auf ökonomisch-strukturelle Verschiebungen und markante politische Ereignisse, die mit ihnen im Zusammenhang stehen, angewiesen. Was genau sich verändert oder verschoben haben muss, ist indes ausgesprochen kontextabhängig. Der Vergleich mehrerer Krisen zeigt, dass die Maßstäbe, die herangezogen wurden, um eine Krisendeutung vorzubringen und breitenwirksam zu verankern, von Fall zu Fall verschieden ausfielen. Ob eine bestimmte Arbeitslosenzahl, Wachstumsentwicklung oder Inflationsrate zeitgenössisch als ‚krisenhaft‘ interpretiert oder nicht weiter kommentiert wurde, hing von einzelfallspezifischen Faktoren ab. Krisen pauschal mit wirtschaftlichen

¹¹ Ähnlich hat Tanner dafür plädiert, eine Krise als spezifisches gesellschaftliches Erzähl- und Verständigungsmuster über den Zustand der Wirtschaft zu verstehen (vgl. J. Tanner: Krise, S. 153).

Abschwungphasen gleichzusetzen – oder von konjunkturellen Umschlagpunkten auszugehen, um Krisenphasen zu differenzieren – greift zu kurz.

Variiert man den Fokus und fragt, wo trotz aller Unterschiede gemeinsame Nenner in den Krisenverständnissen der unterschiedlichen Perspektiven liegen, gelangt man zu mindestens einem Treffer: Letztlich sehen alle Disziplinen in Krisen Umbrüche bzw. Umbruchskonstellationen, auch wenn sie die Umbrüche auf sehr verschiedenen Ebenen verorten. Somit schimmert allenthalben ein klassisches, über Jahrhunderte tradiertes Krisenverständnis durch, dem zufolge Krisen zeitgenössisch als offen erachtete Situationen sind, in denen eine »Entscheidung fällig, aber noch nicht gefallen ist.«¹²

Im Folgenden werden die Ergebnisse eines historisch-semantischen Forschungsprojekts, dessen Design eingangs umrissen wird (II), herangezogen, um Umbrüche und Konfigurationen auf drei Ebenen von Wirtschaftskrisendiskursen näher zu beleuchten: Zunächst geht es um Relevanz, Gestalt und Veränderungen von Erwartungen und Erfahrungen, die aus einer Gesamtschau dreier Krisendiskurse zwischen 1929 und 1976 deutlich werden (III). Diese spezifischen Formen von Zukunfts- und Vergangenheitsrepräsentationen interessieren dabei weniger unter einzelnen inhaltlichen Gesichtspunkten, sondern unter der leitenden Frage nach wiederkehrenden Mustern in ihrem Entwurf und in ihrer Funktion in Krisendiskursen. Gefragt wird somit nach Bedeutung und Veränderung von Erwartungen und Erfahrungen als Diskursbausteine. Anschließend ändert sich die Perspektive leicht. Unter einem kleinteiliger empirisch, auf konkrete Gefühlswörter ausgerichteten Blick wird die Rolle von Emotionen in diesen Diskursen unter die Lupe genommen (IV). Das Fazit bündelt die Ergebnisse (V).

In der Summe verfolgt der Aufsatz mithin drei Ziele: Zum einen will er das Verständnis für die Mechanismen von Wirtschaftskrisendiskursen und den Verlauf von Krisendebatten vertiefen, zum anderen die diskursbezogene Krisenanalyse um eine emotionsgeschichtliche Perspektive erweitern. Methodisch geht damit – drittens – das Ansinnen einher, auszuloten, inwieweit aus originär sprachgeschichtlich angelegten Untersuchungen emotionsgeschichtlich weiterführende Ergebnisse gewonnen werden können.

II. Hintergrund und Perspektive: (Wirtschafts-)Krisen als Deutungsmuster

Die Argumentation fußt auf den Ergebnissen eines historisch-semantischen Forschungsprojekts, das ›Wirtschaftskrisen‹ als politisch höchst wirkmächtiges Deutungsmuster – im Sinne eines »übergreifende[n] sprachliche[n] Paradigma[s] der

12 R. Koselleck: Krise, S. 619.

Wirklichkeitswahrnehmung und -interpretation¹³ – perspektivierte.¹⁴ Hierzu präparierte es die sprachliche Zusammensetzung, Rolle und argumentative Funktion des Deutungsmusters in der öffentlichen politischen Kommunikation heraus. So mit wurden das Aufkommen und die Entwicklung der Krisen unmittelbar anhand der zeitgenössischen Bedeutungsproduktion rekonstruiert und nachverfolgt. Dies geschah vergleichend für drei sehr unterschiedliche Wirtschaftskrisen, die für die (bundes-)deutsche Wirtschaftsgeschichte gleichwohl allesamt weitreichende Folgen zeigten: die Weltwirtschaftskrise ab 1929, die sogenannte ›Wachstumsdelle‹ 1966/67 und die ›kleine Weltwirtschaftskrise‹ 1973–1976, die unmittelbar auf den ›Ölpreisschock‹ vom Herbst 1973 folgte, der jedoch keineswegs ihre alleinige Ursache war. Die Quellenbasis bildeten Parlamentsprotokolle – vor allem aus Reichstag und Bundestag, teils auch dem Preußischen Landtag – sowie printmediale Texte. Sie stammten aus der Boulevardpresse (*B.Z. am Mittag, BILD*) genauso wie aus täglich oder wöchentlich erscheinenden Qualitätszeitungen mit nationalem Anspruch (*Vossische Zeitung, FAZ, Süddeutsche Zeitung, ZEIT*), dem *SPIEGEL* als einem der führenden weiteren Leitmedien der Bundesrepublik sowie punktuell der Wirtschaftspresse (*Wirtschaftsdienst, Handelsblatt*).

Eines der Ergebnisse, das exemplarisch einmal mehr unterstreicht, wie sinnvoll es ist, Wirtschaftskrisen als multifaktorielle Phänomene mit ökonomischen, politischen und medialen Elementen zu betrachten, ergibt sich beim Blick auf die Anfangsstadien der Krisen. Die Frage, wann Krisendeutungen dauerhaft in der öffentlichen politischen Diskussion verankert wurden, führte fallübergreifend zur gleichen Antwort: Alle drei Krisen nahmen ihren Ausgangspunkt, als jeweils drei Faktoren zusammenkamen: eine wirtschaftliche oder finanzpolitische Problemlage (a), die sich mit einem politischen Konflikt verschränkte (b), wobei diese Verschränkung medial weithin rezipiert und verbreitet wurde (c). So war von einer (Welt-)Wirtschaftskrise verbreitet die Rede, seit im Sommer 1930 die seit spätestens 1929 ausgesprochen angespannte Haushalts- und Konjunkturlage auf den Streit um die erste Notverordnung der Regierung Brüning traf. Im Herbst 1966 verstetigten sich Krisensemantiken im politischen Kommunikationsraum, als zu einem wachsenden Haushaltsloch und einer erstmals seit Jahren für möglich gehaltenen Rezession der Bruch der christlich-liberalen Koalition unter Bundeskanzler Ludwig Erhard trat. Sieben Jahre später, Anfang November 1973, verbreiteten sich Krisensemantiken in rasantem Tempo, als Medien und Politiker auf Basis von

¹³ Leonhard, Jörn: Liberalismus. Zur historischen Semantik eines europäischen Deutungsmusters (= Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London/Publications of the German Historical Institute London, Band 50), München: Oldenbourg 2001, S. 21.

¹⁴ Klammer, Kristoffer: ›Wirtschaftskrisen‹. Effekt und Faktor politischer Kommunikation. Deutschland 1929–1976 (= Historische Semantik, Band 28), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2019.

Analogieschlussargumenten durchspielten, was in der Bundesrepublik passieren könnte, falls diese wie das Nachbarland der Niederlande von ausbleibenden oder drastischen gedrosselten Öllieferungen betroffen wäre. Diese waren seitens der OAPEC-Staaten¹⁵ Mitte Oktober als außen- und energiepolitische Positionierung im Jom-Kippur-Krieg beschlossen worden. Auf die Deutung einer ›Öl(-preis-)krise‹ folgte alsbald die Warnung vor einer möglichen ›Wirtschaftskrise‹.

III. Krisen als Umbrüche – oder: Neukonfigurationen von Zukunft und Vergangenheit

Naturgemäß bietet der Aufsatz nicht den Raum, vollständig auf die Entwicklungs geschichten und Verästelungen aller drei Krisendiskurse einzugehen. Stattdessen rückt er gezielt verschiedene Dimensionen von Umbrüchen in den Blick, die sich in Wirtschaftskrisendiskursen beobachten lassen und diese Diskurse speisen. In diesem Abschnitt interessieren zunächst Umbrüche auf den Ebenen von Erwartung und Erfahrung. Sich dem Zustandekommen von Krisen über diese Metakategorien zu nähern, liegt schon deshalb nahe, weil ›Erfahrung‹ und ›Erwartung‹ – Reinhart Koselleck zufolge – »Vergangenheit und Zukunft verschränken«.¹⁶ Dass diese Verschränkung in ›Krisen‹ im Sinne offener Situationen, in denen sich Unsicherheiten über die künftige Entwicklung ergeben und ein entscheidender Umschlagpunkt bevorsteht, besondere Bedeutung erlangt, liegt auf der Hand. In Krisen wird insfern das Verhältnis von Vergangenheit und Zukunft neu austariert, was nicht selten zum unterstellten Zäsurcharakter von Krisen führt.

In jedem Fall waren folgenschwere Veränderungen im Raum dessen, was politisch und gesellschaftlich *erwartet* wurde, ein Faktor, der maßgeblich dazu beitrug, Krisendeutungen zum Durchbruch zu verhelfen. Zugleich unterlag vor der Folie gegenwärtig gemachter oder unmittelbar befürchteter neuer Erfahrungen die zurückliegende Zeit vielfältigen (Um-)Deutungsprozessen. Die zeitgenössischen Akteure hatten – sofort oder zeitversetzt – zu registrieren, dass die ihnen bekannten Erfahrungen im Umgang mit Krisen nicht länger ausreichten, um der aktuellen Krise erfolgreich zu begegnen. Hier wurde das von Koselleck als Grundmerkmal der Moderne betonte zunehmende Auseinanderklaffen von bisherigem Erfahrungsraum und neuen Erfahrungshorizonten plastisch greifbar. Genauso ließe sich im Rückgriff auf Siegenthalers Krisentheorie konstatieren, dass auf politischer,

¹⁵ OAPEC (Organization of Arab Petroleum Exporting Countries) bezeichnet die Gruppe der arabischen Staaten innerhalb der OPEC.

¹⁶ Koselleck, Reinhart: »Erfahrungsraum« und ›Erwartungshorizont‹ – zwei historische Kategorien, in: Ders., Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1989, S. 349–375, hier S. 353.

zumal wirtschaftspolitischer Ebene Einsicht in die Notwendigkeit ›fundamentaler (wirtschafts-)politischer Lernprozesse‹ gewonnen wurde.

1. Verkürzt, verengt und wieder ausgedehnt: Erwartungen zu Beginn und im Verlauf von Wirtschaftskrisen

Präpariert man die Konzeptualisierungen von Erwartungen respektive ›Zukunft‹ heraus, die in den Wirtschaftskrisendiskursen sichtbar wurden, gelangt man zu zwei wiederkehrenden Beobachtungen. Die erste betrifft die Zeitpunkte des Aufkommens weitreichender Krisendeutungen im Verhältnis zu Konjunkturdaten. In allen drei Fällen brachen Krisensemantiken auf breiter Front durch und wurden debattenbestimmend, lange bevor konjunkturelle Tiefpunkte oder die Höhepunkte von Arbeitslosenzahlen erreicht wurden. Mithin kann man von einer jeweils vorgelagenen Semantik sprechen. Einer ihrer Effekte bestand darin, dass jeweils relativ früh und – zumindest bei den beiden untersuchten Krisen aus der zweiten Jahrhunderthälfte – schlagartig politischer Handlungsdruck erzeugt wurde, der in teils sehr kurzer Zeit weitreichende politische Entscheidungen erforderlich und möglich machte.

Alle drei Wirtschaftskrisen lassen diese zeitliche Inkongruenz prägnant erkennen. So gilt für die Weltwirtschaftskrise, dass der konjunkturelle Tiefpunkt erst 1931/32¹⁷ und der Höhepunkt der (registrierten) Arbeitslosigkeit mit einer Quote von 29,9 Prozent im Jahr 1932 erreicht wurde.¹⁸ Der Durchbruch massiver Krisendeutungen, die sodann von praktisch keinem Diskurstteilnehmer mehr infrage gestellt wurden, erfolgte indes bereits im Zuge des Notverordnungsstreits vom Sommer 1930. Seither war im öffentlich-politischen Sprachgebrauch die Deutung einer schweren ›Wirtschaftskrise‹ in Deutschland sowie einer ›Weltwirtschaftskrise‹ fest etabliert. Der Volkswirt Paul Berkenkopf diagnostizierte Mitte Juli 1930 im *Wirtschaftsdienst*, bei der »Krise in der Weltwirtschaft« handele es sich um eine seit längerem bestehende Strukturmehrheit, die jedoch »erst in der letzten Zeit in ein akutes Stadium getreten« sei.¹⁹ »Verschärfung der Wirtschaftskrise« titelte die *B.Z. am Mittag* am Ende des gleichen Monats unmissverständlich.²⁰ Im August sprach die *Vossische Zeitung* wie selbstverständlich davon, dass »[d]ie Weltwirtschaftskrise

17 Vgl. Ritschl, Albrecht/Spoerer, Mark: »Das Bruttosozialprodukt in Deutschland nach den amtlichen Volkseinkommens- und Sozialproduktstatistiken 1901-1995«, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2:2 (1997), S. 27-54, hier S. 51, Tabelle A.1.

18 Vgl. Peukert, Detlev: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1987, S. 246.

19 Berkenkopf, Paul: »Goldmangel und Weltkrise«, in: *Wirtschaftsdienst* 15 vom 25.07.1930, S. 1273-1277, hier S. 1276.

20 N.N.: »Die Verschärfung der Wirtschaftskrise. Berlin unter schwerstem Druck: Höhere Abgaben und Massen-Entlassungen«, in: *B.Z. am Mittag* vom 26.07.1930, S. 1.

[...] schwer auch auf der belgischen Börsenkonjunktur [laste]«,²¹ und Reichskanzler Heinrich Brüning argumentierte Mitte Oktober, »[d]ie ungeheure Wirtschaftskrise ha[be] in fast allen Ländern die Etatschätzungen durch die Entwicklung überholt«.²²

Im Krisendiskurs 1966/67 zeigte sich das Phänomen noch markanter. Interpretationen einer politischen Führungs-, Koalitions- und schließlich befürchteten Staatskrise zirkulierten seit dem Spätsommer 1966. Nach dem Bruch der christlich-liberalen Koalition im Oktober 1966 und der Entscheidung, eine Große Koalition zu bilden, wurden sie sukzessive abgelöst durch die Deutung einer ›Wirtschafts- und Finanzkrise‹. Dieses Sprachmuster und der Krisenbegriff selbst erlebten ihren Wendungshöhepunkt im Winter 1966/67. Nachdem die Regierung im Januar 1967 ihren Maßnahmenkatalog zur Krisenbekämpfung (u.a. Kürzungen im regulären Haushalt, erstes Konjunkturprogramm, Einführung der sogenannten ›konzertierten Aktion‹) auf den Weg gebracht hatte und die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Februar 1967 eine erste Besserungstendenz anzeigen,²³ ebbte die Krisensemantik weitgehend ab – obwohl der konjunkturelle Tiefpunkt erst im Verlauf des Jahres 1967 erreicht wurde.²⁴

Auch bei der ›kleinen Weltwirtschaftskrise‹ der 1970er Jahre folgten verschiedene Krisendeutungen aufeinander. Angesichts der Folgen des gegen die Niederlande verhängten Ölembargos lösten Angst- und Warnungsprognosen ab dem Monatswechsel Oktober/November 1973 die Rede von einer – drohenden – ›Ölkrisis‹ aus.²⁵ Bereits Mitte November trat die explizite Sorge vor einer ›Wirtschaftskrise‹ hinzu.²⁶ Nachdem die Gefahr drohender Engpässe in der Ölversorgung mit dem Teheraner Abkommen vom 23. Dezember 1973 gebannt war, verschwand die Deutung einer ›Ölkrisis‹; jene einer ›Wirtschaftskrise‹ setzte sich hingegen fest und fort.

21 N.N.: »Börsensorgen überall«, in: Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung, 3. Beilage zu Nr. 199, vom 21.08.1930, [S. 1].

22 Brüning, Heinrich: Reichstag, 5. WP, 3. Sitzung, 16.10.1930, S. 17 A-22 C, hier S. 17 C.

23 Vgl. exemplarisch: N.N.: »Jetzt geht es aufwärts. 50000 Arbeitslose weniger«, in: BILD vom 16.03.1967, S. 1.

24 Vgl. Destatis (Statistisches Bundesamt): Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volkseinkommen, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Tabellen/inlandsprodukt-volkseinkommen1925-xls>. (letzter Abruf 20.06.2020).

25 Vgl. exemplarisch: N.N.: »Das Öl-Embargo trifft auch die Bundesrepublik. Der Verbraucher wird mehr zahlen müssen/Einschränkungen nicht in Sicht«, in: FAZ vom 01.11.1973, S. 15; N.N.: »Energie-Krisenplan in der Schublade. Das Bundeskabinett befaßt sich in Kürze mit Entwürfen des Wirtschaftsministers«, in: SZ vom 05.11.1973, S. 1; N.N.: »Ölkrisis: Kein Verlaß auf Großmütter«, in: DER SPIEGEL, Nr. 45 vom 05.11.1973, S. 23-27.

26 Vgl. prägnant: N.N.: »Rollt auf uns die große Wirtschaftskrise zu? Kurs stürzte an der Börse, Öl-Erpresser fügen unserer Industrie schweren Schaden zu«, in: BILD vom 13.11.1973, S. 2.

Ab Anfang 1974 kam es sukzessive zu einer grundlegenden Revision wirtschaftlicher und politischer Erwartungshaltungen. ZEIT-Herausgeberin Marion Dönhoff verdichtete sie im Februar 1974 zu der These, »[d]ie fetten Jahre [seien] nun vorüber«, denn »in absehbarer Zeit« werde es der Bundesrepublik nie wieder »so gut gehen wie während der letzten Jahre«.²⁷ Dieser Erwartungsumschwung ebnete jenem Credo einer ›Fokussierung auf das (finanziell) Mögliche‹ den Weg, das Helmut Schmidt im Mai 1974 unmittelbar nach seiner Wahl zum Bundeskanzler ausgab, als er den »Abschied vom Wunderglauben« ausrief.²⁸ Es sollte den Rahmen des politisch Sag- und Machbaren in den folgenden Jahren, in mancherlei Hinsicht bis in die Gegenwart, prägen. Eine tatsächliche Rezession – inklusive einer auf die Spitzenquote von 4,7 Prozent emporschnellenden Arbeitslosigkeit²⁹ – erlebte die Bundesrepublik jedoch erst ab Ende 1974 und im Jahr 1975.³⁰ Kurzum: Die Krisendiskurse waren zu einem beträchtlichen und für politische Entscheidungen teils sehr bestimmenden Anteil Erwartungs- respektive Zukunftsdiskusse. Es ging um Befürchtungen und Szenarien, weit weniger um bereits vollumfänglich eingetretene wirtschaftliche Problemlagen.

Der zweite interessante Befund bezieht sich auf die Art, wie sich mit dem Aufkommen von Krisendeutungen die zeitliche Tiefe der Erwartungshorizonte veränderte – oder anders formuliert: die Frage, wie die Zukunft, die entworfen wurde, zeitlich bemessen wurde. Unabhängig von vorangegangenen politischen Zeithorizonten, die in den 1960er und frühen 1970er Jahren bekanntlich sehr weit gefasst waren,³¹ schrumpfte die zeitliche Tiefe der wirtschaftlichen Erwartungshorizonte mit Krisenbeginn schlagartig zusammen. Statt um Jahre oder teils Jahrzehnte ging es fortan in der Regel nur mehr um Monate, manchmal nur Wochen, allenfalls das kommende Jahr. So erklärte Reichsfinanzminister Hermann Robert Dietrich (DStP) Anfang Dezember 1930, sämtliche angedachten »Maßnahmen s[eien] auf der Überlegung aufgebaut, daß die Arbeitslosigkeit *in diesem Winter* noch stark anwachsen

27 Dönhoff, Marion: »Mit 15 Prozent ins Verhängnis? Die fetten Jahre sind nun vorüber«, in: DIE ZEIT vom 01.02.1974, S. 1.

28 Vgl. N.N.: »Der neue Bundeskanzler kündigt ›eisernes Sparen‹ an. Es muß jetzt Abschied vom Wunderglauben genommen werden, sagt der Nachfolger Brandts/Heute Regierungserklärung«, in: SZ vom 17.05.1974, S. 1f.

29 Vgl. Destatis (Statistisches Bundesamt): Arbeitsmarkt, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/LangeReihen/Arbeitsmarkt/lrarbo03.html> (letzter Abruf 10.10.2018).

30 Vgl. Destatis (Statistisches Bundesamt): Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volkseinkommen, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Tabellen/inlandsprodukt-volkseinkommen1925-xls> (letzter Abruf 20.06.2020).

31 Vgl. hierzu exemplarisch: Seefried, Elke: Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsorschung 1945-1980, Berlin: De Gruyter Oldenbourg 2015.

wird.«³² Im Spätherbst 1966 verwies der kurz darauf zum Minister ernannte SPD-Wirtschaftsexperte Karl Schiller auf die Prognose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, der zufolge »im kommenden Winter vorübergehend eine Zahl von 500.000 Arbeitslosen«³³ erreicht werden könne. Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs (FDP) beteuerte am 9. November 1973, als der Bundestag das eilig auf den Weg gebrachte Energiesicherungsgesetz verabschiedete, auf dessen Grundlage ab Ende des Monats die vier berühmt gewordenen »autofreien Sonntage« angeordnet wurden:

»Die Schaffung eines Vorsorgerahmens heißt nicht, daß man davon in der augenblicklichen Situation Gebrauch machen will oder gar muß, sondern bedeutet eine Investition für mehr Sicherheit in der Zukunft, möglicherweise allerdings in einer sehr nahe vor uns liegenden Zukunft. Wir müssen damit rechnen, daß die beschlossenen Förderkürzungen ab Monatsende zu einem Rückgang der Bezüge von Rohöl und Mineralölprodukten [...] führen.«³⁴

Das Zusammenschrumpfen der Zeiträume, für die überhaupt Prognosen gewagt wurden, betraf nicht nur Politiker und Presse, sondern auch Wissenschaft und Politikberatung. Zwei Beispiele aus den 1960er Jahren illustrieren dies: Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung räumte im März 1967 offensiv ein, dass ihm »eine einigermaßen verlässliche *Projektion über ein halbes Jahr hinaus nicht möglich* [erscheine]. Selbst für das erste Halbjahr 1967 [sei] der Unsicherheitsbereich noch sehr groß«, was vor allem Folge des nur schwer kalkulierbaren Verhaltens von Investoren und Konsumenten sei.³⁵ Und die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ließ sich im Januar 1967 mit Blick auf die zu erwartende Entwicklung der Arbeitslosenzahl sogar nur auf einen Prognosezeitraum von vier Wochen ein.³⁶

Mit diesem Schrumpfen der Erwartungshorizonte ging einher, dass sich das Spektrum der Aussagen zu Krisenursachen und notwendigen Maßnahmen zu Krisenbeginn stets drastisch zusammenzog. Was *unmittelbar* zu tun sei, war politisch

32 Dietrich, Hermann Robert: Reichstag, 5. WP, 7. Sitzung, 03.12.1930, S. 221 B-230 B, hier S. 229
D. Eigene Hervorhebung.

33 Schiller, Karl: Bundestag, 5. WP, 71. Sitzung, 10.11.1966, S. 3361 B-3367 C, hier S. 3364 C. Eigene Hervorhebung.

34 Friderichs, Hans: Bundestag, 7. WP, 65. Sitzung, 09.11.1973, S. 3837 D-3840 B, hier S. 3838 B.
Eigene Hervorhebung.

35 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: »Sondergutachten März 1967: Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967«, in: Ders., Stabilität im Wachstum. Jahrestatistiken 1967/68, Stuttgart/Mainz: Kohlhammer 1967, S. 260-268, hier S. 262.

36 Vgl. N.N.: »Noch immer überwiegt die Vollbeschäftigung. Höhere Produktivität bei verringerter Belegschaft/Präsident Sabel: Keine Krise«, in: SZ vom 02.01.1967, S. 7.

nur begrenzt umstritten – trotz aller Konfrontation und parteipolitischen Disharmonie, die zuvor und danach herrschte. Für die Krisen der Nachkriegszeit gilt dieser Befund ohne Einschränkung. Für die Weltwirtschaftskrise ab 1929 ergibt sich die gleiche Beobachtung, sofern man die Stimmen vom äußersten rechten und äußersten linken Rand des politischen Spektrums, also NSDAP und KPD, außer Acht lässt. Konsequenz war, dass zu Krisenbeginn teils weitreichende politische Maßnahmen mit verhältnismäßig geringem Widerstand durchgesetzt werden konnten: die Deflationspolitik ab 1930, das erste Maßnahmenpaket der Großen Koalition zur Konjunkturstimulierung Anfang 1967 und das Energiesicherungsgesetz vom November 1973. Hieraus, so lässt sich als These festhalten, ergab (und ergibt) sich der Effekt, dass Krisen Regierenden anfangs zumeist nütz(t)en. Weniger ihre direkte Handlungsmacht in Form von Entscheidungskompetenz, sondern die Tatsache, dass ihren Deutungen und Handlungsvorschlägen nur wenige konkurrende Aussagen entgegengestellt werden konnten, erleichterte ihnen erheblich, Entscheidungen zu begründen und durchzusetzen. Dieser Vorteil schwand, sobald sich im Krisenverlauf die Tiefe der Erwartungshorizonte und das Spektrum möglicher Aussagen zu Krisenursachen und notwendigen Maßnahmen wieder ausdehnten – anders formuliert: sobald ›Krise‹ nicht länger eine plötzlich aufgekommene Situation, die schnelles Handeln erfordert, bezeichnete, sondern eine länger anhaltende Problemlage. Dieses Phänomen einer zunächst beobachtbaren diskursiven Verknappung und einer nach einigen Monaten auszumachenden – zeitlichen wie inhaltlichen – Wiederausdehnung der Erwartungshorizonte kennzeichnete alle drei Krisen. Während (plötzlichen) Erwartungsveränderungen somit für das Aufkommen von Krisendiskursen eine entscheidende Bedeutung zukam, ging die Bedeutung des Faktors ›Erwartung‹ für die Krisendiskurse zurück, je länger die Krisen fortbestanden. Für ihren asymmetrischen Gegenpart, den Raum der ›Erfahrungen‹, galt hingegen tendenziell das Gegenteil.

2. Erfahrungen: ›nie dagewesene Situationen‹ und das Dilemma der Referenzlosigkeit

Doch mit welchen Formen von ›Erfahrungen‹ hat man es in Wirtschaftskrisen zu tun, oder präziser: welche Varianten von Erfahrungen waren in den untersuchten Wirtschaftskrisen wiederkehrend erkennbar? Im Kern führt diese Frage zu drei Beobachtungen.

Erstens war sowohl in den 1930er als auch den 1960er und 1970er Jahren die Artikulation eines Bruchs im Sinne eines Auseinanderklaffens zwischen der Situation in der vorangegangenen Zeit respektive bekannten Erfahrungen und der aktuellen Konstellation auszumachen. Es führte stets zum Redemuster der ›neuartigen, nie dagewesenen Situationen‹. Diese Beobachtung ist deckungsgleich mit Ergebnissen der erwähnten diskurslinguistischen Studien, die sich mit Krisen zwi-

schen den 1970er Jahren und der Gegenwart beschäftigt haben. Sie sprechen vom »Singularitätstopos«.³⁷ Das Redemuster erweist sich damit als eines der prägnantesten konstitutiven Elemente von Wirtschaftskrisendiskursen im 20. und frühen 21. Jahrhundert. (Es liegt durchaus nahe, dass dieser Topos für das Deutungsmuster ›Krise‹ in der politischen Kommunikation essentiell ist, unabhängig davon, in welchem gesellschaftlichen Bereich es aufkommt.) Schlagende Beispiele für diesen Topos liefern alle drei Krisen. Im Juli 1930 erklärte Heinrich Brüning, zu keiner Zeit im 20. Jahrhundert habe sich die wirtschaftliche Situation in Deutschland so schwierig dargestellt wie in der Gegenwart.³⁸ 36 Jahre später stellte ein Kommentar in der *BILD-Zeitung* fest, der gerade gewählte Bundeskanzler Kiesinger habe eine neue Zeit eingeläutet, indem er schonungsloser und offener über den wirtschaftlichen Zustand und die wirtschaftlichen Probleme gesprochen habe, als es bisher in der Bundesrepublik je geschehen sei.³⁹ Und noch als Finanzminister erklärte Helmut Schmidt Ende März 1974, dass aufgrund der Ölpreisseigerungen der vergangenen Monate eine weltwirtschaftliche Inflationsdynamik entstanden sei, die es in dieser Form zuvor noch niemals gegeben habe.⁴⁰

Indem der Topos der ›neuartigen, nie dagewesenen Situation‹ das Verständnis eines Einschnitts produzierte, war er ausgesprochen tragend für das Stabilisieren der Deutung einer ›Krise‹. Der Topos war einsetzbar, um Aufmerksamkeit zu generieren, konnte vor allem Regierenden aber gerade auch als Entlastungsargument sprachstrategisch nützlich sein. So diente er in den 1970er Jahren, zusammen mit angrenzenden Topoi wie dem der ›nun notwendigen Fokussierung auf das Mögliche‹, der sozialliberalen Koalition als Begründung für eine Abkehr von ihren zuvor angekündigten kostspieligen Reformvorhaben. Das Redemuster konnte damit

³⁷ Vgl. exemplarisch: Wengeler, Martin: »Die Analyse von Argumentationsmustern als Beitrag zur ›transtextuell orientierten Linguistik‹«, in: Heidrun Kämper/Ingo H. Warnke (Hg.), Diskurs – interdisziplinär. Zugänge, Gegenstände, Perspektiven, Berlin: De Gruyter 2015, S. 47–62, hier S. 54. Vgl. ferner – inhaltlich sehr ähnlich, wenngleich ohne explizite Verwendung dieser Topos-Bezeichnung – Wengeler, Martin/Ziem, Alexander: »Wie über Krisen geredet wird. Einige Ergebnisse eines diskursgeschichtlichen Forschungsprojekts«, in: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik 173:1 (2014), S. 52–74, hier S. 70.

³⁸ Vgl. »Wir stehen in einer wirtschaftlichen Entwicklung von einer Bedeutung, wie wir sie in den letzten drei Jahrzehnten nicht gehabt haben.« (Brüning, Heinrich: Reichstag, 4. WP, 200. Sitzung, 15.07.1930, S. 6373 C-6375 D, hier S. 6373 D.)

³⁹ Vgl. »Noch nie ist dem deutschen Volk so schonunglos die Wahrheit gesagt worden.« (N.N.: »Guter Start«, in: *BILD* vom 14.12.1966, S. 1.)

⁴⁰ Vgl. »Wenn Sie sich heute die Rohstoffpreise auf der Welt und ihre Entwicklung in den letzten zwölf oder auch nur drei Monaten oder 18 Monaten angucken, dann werden Sie sehen, daß wir eine solche Dynamik in der Weltwirtschaft wie heute, was die nominelle Aufblähung oder, deutlicher gesagt, was die Weltinflation angeht, noch niemals erlebt haben.« (Schmidt, Helmut: Bundestag, 7. WP, 92. Sitzung, 29.03.1974, S. 6200 D-6208 B, hier S. 6207 D.)

zielgerichtet in Anschlag gebracht werden, um für veränderte politische Prioritäten zu sensibilisieren, Erwartungshaltungen zu dämpfen und von zuvor gemachten Ankündigungen zu entbinden. Zugleich – und genereller – verwies sein Aufkommen auf den jeweiligen zeitgenössischen Eindruck, dass die bislang geübte (wirtschaftspolitische) Praxis nicht länger ausreichte, um auf die aktuelle Situation angemessen zu reagieren. Hier trifft sich der historisch-semantiche Befund mit der referierten These Hans-Jörg Siegenthalers, der zufolge Krisen aufkommen, wenn Akteure nicht mehr darauf vertrauen, mit ihrem bisherigen Wissen eingetretenen oder unmittelbar erwarteten ökonomischen Herausforderungen erfolgversprechend begegnen zu können.

Die These Siegenthalers führt zur zweiten Beobachtung. Sie bezieht sich auf die Frage, inwiefern das aus zurückliegenden Krisenerfahrungen gewonnene Wissen dennoch in den Krisendiskursen präsent war und herangezogen wurde. Die Antwort besteht aus einem zweigeteilten Befund: Denn fraglos waren bisherige Krisenerfahrungen indirekt durch die jeweils vorhandenen Kenntnisse und abgeleiteten Handlungsempfehlungen der Wirtschaftswissenschaften präsent; zugleich wurde aber gerade für die beiden Weltwirtschaftskrisen die Erkenntnis tragend, dass dieses Wissen einer Revision bedürfe.

Freilich stellte die in sich zerstrittene Nationalökonomie am Ende der Weimarer Republik kaum direkt handlungsanleitendes Wissen bereit.⁴¹ Die Tatsache aber, dass bis ins Jahr 1931 hinein praktisch keinerlei staatliche Versuche zur aktiven Konjunkturanregung unternommen wurden, hing auch mit der bis dato dominierenden liberalen Lehre zusammen.⁴² Sowohl die Modellvorstellungen als auch die bisherigen Krisenerfahrungen ließen es demnach angeraten erscheinen, Krisen schlicht zuzulassen, weil sich so von selbst die notwendigen Marktbereinigungen ergäben, die eine Basis für einen neuerlichen Aufschwung bereiten würden. Als prominentester Vertreter einer derartigen Krisensicht kann Joseph Schumpeter gelten.⁴³ Im öffentlich-politischen Sprachgebrauch präsent war dieses Wissen zwischen 1929 und 1931 unter anderem in Form der wiederholt gebrauchten, teils dominierenden Metaphern ›Bereinigung‹ und ›Reinigung‹. Hans Buschmann, leitender Wirtschaftsredakteur der *Vossischen Zeitung*, urteilte angesichts der Folgen der New Yorker Börsenturbulenzen, dass »ein Reinemachen in der ganzen Welt ein[ge]setzt« habe und es kontraproduktiv wäre, wenn man versuchte, »diese Rei-

41 Vgl. grundlegend zur Nationalökonomie in der Weimarer Republik: Köster, Roman: Die Wissenschaft der Außenseiter. Die Krise der Nationalökonomie in der Weimarer Republik, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2011.

42 Vgl. Hesse, Jan-Otmar/Köster, Roman/Plumpe, Werner: Die Große Depression. Die Weltwirtschaftskrise 1929–1939, Frankfurt a.M.: Campus 2014, S. 55–58.

43 Vgl. W. Plumpe: Wirtschaftskrisen, S. 118.

nigungskrise mit unzulänglichen Hilfsmitteln aufzuhalten«.⁴⁴ Vielmehr sei sie speziell in Deutschland zu bejahren, denn »restlose Geschäftssicherheit und eine in jeder Beziehung hieb und stichfeste finanzielle Grundlage könn[t]en nur wiederkehren, wenn durchweg Sauberkeit herrsch[e], wenn mit allen Fehlspukulationen und sonstigen finanziellen Auswüchsen aufgeräumt« sei.⁴⁵ So bringe die »Krise« den notwendigen »Humusboden für alle Wirtschaften« neu hervor.⁴⁶ Im Sommer 1931, kurz nach Ausbruch der österreichisch-deutschen Bankenkrise, war an gleicher Stelle in der *Vossischen Zeitung* von der »deutsche[n] Wirtschaft [...] im Zeichen einer Generalreinigung«⁴⁷ die Rede, und die Zeitungsleser/-innen erfuhren von der »reinigende[n] Wirkung der tausend monatlichen Insolvenzen«.⁴⁸

Eine deutliche Abkehr von der liberalen Lehre setzte erst ab der Zuspitzung der Krise 1931 ein.⁴⁹ Die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise führten im Verlauf der 1930er Jahre bekanntermaßen zur Konjunkturtheorie von John Maynard Keynes.⁵⁰ Insofern war und ist jedes Rekurrieren auf keynesianische Theorie-Annahmen bis heute indirekt auch ein Rekurrieren auf Erfahrungen aus der Weltwirtschaftskrise – mit dem Ziel, aus ihnen zu lernen. In welchem Ausmaß dies geschah, war freilich sehr verschieden. Während die Konjunkturkrise 1967 mit dem keynesianischen Zauberkasten Karl Schillers und seinem Projekt eines »Aufschwung[s] nach Maß«⁵¹ scheinbar perfekt überwunden wurde⁵² – und sich damit passgenau in die

44 Buschmann, Hans: »Reinigungs-Krise«, in: Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung, 3. Beilage zu Nr. 257 vom 27.10.1929, [S. 1].

45 Ebd.

46 Ebd.

47 N.N.: »General-Reinigung«, in: Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung, Beilage zu Nr. 130 vom 02.06.1931, [S. 1].

48 Delmonte, Edmund: »Bessere Auslese«, in: Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung, Beilage zu Nr. 205 vom 28.08.1931, [S. 1].

49 Vgl. R. Köster, Wissenschaft der Außenseiter, S. 258-260; Schulz-Forberg, Hagen: »Die Welt und wie sie sein sollte. Versuche transnationaler Normenbildung für eine globale Wirtschaftsordnung in den 1930er Jahren«, in: Jens Steffek/Leonie Holthaus (Hg.), Jenseits der Anarchie. Weltordnungsentwürfe im frühen 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M.: Campus 2014, S. 174-202, hier S. 177f.

50 Vgl. Keynes, John Maynard: The General Theory of Employment, Interest and Money, New York: Harcourt, Brace and Company 1935.

51 Gleichermassen als Beschreibung dieses Projekts wie als eindrückliches Beispiel für die Fähigkeiten Schillers, sich und seine Politik selbst zu historisieren, vgl.: Schiller, Karl: »Ein Jahr neue deutsche Wirtschaftspolitik. Politik einer dauerhaften sozialen Kooperation zur Erhaltung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, Chancen für die Wirtschaftspolitik, die Finanzreform und die mündige Gesellschaft. Rede vor der Industrie- und Handelskammer Hagen, 13.12.1967«, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 148, 15.12.1967, S. 1245-1248.

52 Lütjen konstatiert, dass die Frage, inwieweit der Aufschwung ab der zweiten Jahreshälfte 1967 tatsächlich primär Folge der beiden Konjunkturprogramme der Großen Koalition und

politischen Steuerungsphantasien der 1960er Jahre einfügte –,⁵³ zeugte die Krise der 1970er Jahre von der neuen Erfahrung, dass keynesianisches Agieren eben nicht zu einer Immunität vor Krisen führte. Im Verlauf der 1970er Jahre etablierte sich daher die neue Erfahrung, dass keine fallübergreifend gültige wirtschaftswissenschaftliche Leit-Empfehlung dafür bereit stehe, wie Krisen zu überwinden sind – es vielmehr darauf ankomme, Krisen situativ mit einem Mix aus Nachfragestimulation, angebotspolitischen Impulsen und geldpolitischen Maßnahmen zu begegnen.⁵⁴ Eine *eindeutige* Handlungsreferenz aus Erfahrungswissen gab und gibt es demnach spätestens seit den 1970er Jahren nicht mehr, was wiederum eine neue Form von Erfahrungswissen bedeutet, die heutige Krisendebatten prägt.

Die ausdrückliche, direkte Anlehnung an vorangegangene Krisen war – drittens – in den jeweiligen Krisendiskursen ohnehin marginal. Wie der Topos der nie dagewesenen Situation zeigt, dominierte vielmehr die Überzeugung, dass es keine Referenz gebe, man vorherige Krisen kaum als Blaupause heranziehen könne. Gleichwohl kamen sowohl in den 1960er als auch den 1970er Jahren die Schlagworte ›Weimar‹ und ›große Weltwirtschaftskrise‹ auf. Gebraucht wurden sie allerdings selten als unmittelbare Orientierungsreferenz. Lediglich die politischen Anstrengungen der 1970er Jahre, einen Rückfall in den Protektionismus zu vermeiden, der ab 1931 der Weltwirtschaft den Garaus bereitet hatte, zeugen mit Blick auf einzelne Akteure von einer solcherart erfahrungseleiteten Krisenpolitik.⁵⁵ Hauptsächlich

weniger der 1967 signifikant gestiegenen Außenhandelsnachfrage war, schwer zu bemessen sei und die Forschung wenig beschäftigt habe (vgl. Lütjen, Torben: Karl Schiller (1911-1994). ›Superminister‹ Willy Brandts (= Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Band 76), Bonn: Dietz 2008, S. 235). Ullmann urteilt hingegen offensiver, die Konjunkturprogramme hätten »ökonomisch wenig [bewirkt]« (Ullmann, Hans-Peter: Staat und Schulden. Öffentliche Finanzen in Deutschland seit dem 18. Jahrhundert, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2009, S. 151). Zu einem ähnlichen Urteil gelangt auch Nützenadel (vgl. Nützenadel, Alexander: Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949-1974, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2005, S. 327).

- 53 Zu Schillers Politik als Wirtschaftsminister im Kabinett der Großen Koalition vgl. ausführlich T. Lütjen: Karl Schiller, Kap. VIII.
- 54 Zu dieser konzeptionellen Vielfalt bzw. Uneindeutigkeit wirtschaftspolitischen Handelns vgl. prägnant Schanetzky, Tim: »Von Keynes zu Friedman? Handlungsoptionen der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik in den siebziger Jahren«, in: Morten Reitmayer/Ruth Rosenberger (Hg.), Unternehmen am Ende des ›goldenem Zeitalters‹. Die 1970er Jahre in unternehmens- und wirtschaftshistorischer Perspektive (= Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegeschichte, Band 16), Essen: Klartext 2008, S. 149-168, hier besonders S. 157-166.
- 55 Die von Abelshauser zuvorderst auf Basis einer von ihm ausgewerteten (anfangs geheim gehaltenen) Denkschrift Helmut Schmidts aus dem Frühjahr 1974 aufgestellte These, »die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise [hätten] den politisch Verantwortlichen in der Kleinen Weltwirtschaftskrise der siebziger Jahre als Kompass der Krisenpolitik« gediент, scheint in dieser Pauschalität deutlich übertrieben, auch wenn sie für konzeptionelle Überlegun-

aber dienten Weimar-Analogien als Gradmesser und Warnung: Gradmesser dafür, das potentielle Krisenausmaß einzuschätzen und zu relativieren. Warnung in dem Sinne, dass die Erfahrung der 1930er Jahre zeige, was passiere, wenn man nicht oder zu spät handle. Die *BILD-Zeitung*, die 1966/67 unverkennbar einen Kurs pro Große Koalition vertrat, nutzte das Schlagwort ›Weimar‹ beispielsweise, um Ludwig Erhards Rücktritt einzufordern:

»Aus dieser sehr schwierigen, wenn auch nicht hoffnungslosen Situation führt uns keine Regierung mit verbrauchten Leuten heraus, die das Parlament nicht hinter sich hat. [...] Wir wollen keine Wiederholung der Zustände von Weimar. Wir wollen nicht mit schwachen und provisorischen Regierungen in die Krise treiben. Darum: Werft das Handtuch für Erhard bald [...]!«⁵⁶

Mitte 1975, auf dem Höhepunkt der ›kleinen Weltwirtschaftskrise‹, äußerte der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner, wegen der »tiefgehende[n] Erschütterung internationaler ökonomischer, monetärer, finanzwirtschaftlicher Verhaltensweisen und Beziehungen« habe er seit Ende 1973 »die ganze Zeit innerlich gezittert vor einer ähnlichen Entwicklung, wie sie [...] die verheerende Krise der dreißiger Jahre ausgelöst hat.«⁵⁷ Und Helmut Schmidt erklärte kurze Zeit später:

»Aus der ständig sich beschleunigenden Weltinflation, aus dem Auseinanderbrechen des Weltwährungssystems zu Beginn der 70er Jahre und aus der Öl- und Rohstoffkrise, die im Herbst 1973 begann, hat sich 1974 eine Weltrezession entwickelt, die alles in den Schatten stellt, was wir seit der Depression der 30er Jahre erlebt haben.«⁵⁸

Pragmatisch einsetzbar waren Weimar-Analogien somit zum einen als politische Handlungsaufforderungen. Zum anderen dienten sie, vor allem wenn Regierende sie gebrauchten, als Argument, um Erwartungen zu relativieren. Schließlich beinhalteten ›Weimar‹ und ›Weltwirtschaftskrise‹ als Schlüsselbegriffe bis heute verdichtete Erinnerungen, die unmittelbar eine Vorstellung vom Ernst einer Situation oder potenziellen Entwicklung vermitteln. Den Effekt, Erinnerungen als ein Erfahrungskondensat bereitzuhalten, teilten sie mit dem Schlagwort ›Inflation‹. Die Hyperinflations-Erfahrung der frühen Weimarer Republik prägte alle drei Krisendiskurse. Erkennbar war dies daran, dass das Vermeiden und Einbremsen inflatio-

gen einzelner Akteure partiell fraglos zutrifft (Abelshauser, Werner: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart, 2., vollständig überarbeitete Auflage, München: C.H. Beck 2011, S. 392).

56 N.N.: »Werft das Handtuch!«, in: *BILD* vom 29.10.1966, S. 1.

57 Zitiert nach: Neumaier, Eduard: »Ich habe innerlich gezittert«. Ein Gespräch mit Herbert Wehner«, in: *DIE ZEIT* vom 04.07.1975, S. 3f, hier S. 3.

58 Schmidt, Helmut: Bundestag, 7. WP, 184. Sitzung, 17.09.1975, S. 12885 A-12898 A, hier S. 12885 B.

närer Tendenzen durchweg weit oben auf der Agenda politischer Ziele rangierten, positiv gekleidet in den Zielbegriff der sicherzustellenden ‚Stabilität‘. Jedes Abweichen oder Nicht-Erreichen dieses Ziels erregte sogleich Argwohn und provozierte Kritik oder Ängste – weckte und berührte also Emotionen.

IV. Wirtschaftskrisen als ›Gefühlsräume‹? Historisch-semantische Sondierungen

Nachdem die Umbrüche in der Konzeptualisierung und Lesart von Zukunft und Vergangenheit behandelt wurden, nimmt dieser Abschnitt eine anders gelagerte Perspektive ein. Er fragt, inwieweit die Krisendiskurse aus historisch-semantischer Sicht als Aufkommen eines spezifischen begrifflich-emotionalen Settings interpretiert werden können.

Das methodische Instrumentarium, das im prosperierenden Feld der Emotions- bzw. Gefühlsgeschichte⁵⁹ zum Einsatz kommt, reicht zweifellos merklich über eine Suche nach Gefühlswörtern hinaus, wie sie hier versuchsweise unternommen wird.⁶⁰ Gleichwohl spielen das Aufspüren solcher Wörter und die Rekonstruktion ihrer Bedeutungsgehalte und Gebrauchsweisen für die Emotionsgeschichte eine wesentliche Rolle. Insofern tangieren sich historisch-semantische und emotionsgeschichtliche Vorgehensweisen unmittelbar. Mehr noch: Wie zahlreiche Proponent/-innen gefühlsgeschichtlicher Forschung prägnant vorgeführt haben, ist die Emotionsgeschichte auf begriffsgeschichtliches Arbeiten gleich in mehrfacher Hinsicht angewiesen. So ist eine begriffshistorisch inspirierte Analyse unabdingbar, um zu eruieren, was unter einer ›Emotion‹ bzw. einem ›Gefühl‹ zu verschiedenen historischen Zeiten prinzipiell verstanden und subsumiert wurde.⁶¹ Genauso ist sie unentbehrlich, um der Geschichte einzelner

59 Hier und im Folgenden gebrauche ich die Termini ›Emotionsgeschichte‹ und ›Gefühlsgeschichte‹ synonym, sowohl aus Gründen der Redundanzvermeidung als auch aufgrund der Tatsache, dass eine einfache und eindeutige Differenzierung beider Begriffe schwierig und in der Forschungspraxis nicht zu beobachten ist – vgl. Aschmann, Birgit: »Vom Nutzen und Nachteil der Emotionen in der Geschichte«, in: Dies. (Hg.), Gefühl und Kalkül. Der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts (= Historische Mitteilungen, Beifest 62), Stuttgart: Steiner 2005, S. 9–32, hier S. 13.

60 Einen glänzenden Überblick über die Vielschichtigkeit und den Perspektivenreichtum, gegenwärtige Trends und historische Vorläufer, interdisziplinäre Ergänzungen, aber auch Inkompabilitäten im Feld der ›Geschichte der Gefühle‹ bietet – trotz inzwischen partiell fortgeschrittenem Forschungsstand – Frevert, Ute: »Was haben Gefühle in der Geschichte zu suchen?«, in: Geschichte und Gesellschaft 35:2 (2009), S. 183–208.

61 Vgl. Verheyen, Nina: »Geschichte der Gefühle«, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 18.06.2010, http://docupedia.de/zg/verheyen_gefuehle_v1_de_2010 (letzter Abruf 20.06.2020), S. 3 (der pdf-Version). Die Frage, was heute unter einer ›Emotion‹ verstanden wird, steht hier nicht

Emotionen über längere Zeiträume nachzuspüren; sie ermöglicht, die »Historizität von Gefühlen«⁶² offenzulegen. Diese Überzeugung, dass »Gefühle historische[n] Konjunkturen« unterliegen – ergo: in spezifischen historischen Konstellationen sowie bei bestimmten sozialen Gruppen eine größere Verbreitung erfuhren als zu anderen Zeiten und an anderen Orten –, bildet eine der Grundannahmen emotionsgeschichtlicher Forschung.⁶³ Emotionen sind demnach keineswegs statisch. Ungeachtet der physischen oder neuronalen Prozesse, die mit ihnen einhergehen, unterliegen sie vielmehr einem Wandel in Ausdruck, Ausprägung und sozialer Relevanz.⁶⁴ Sie sind kulturell und sozial geformt, erlernt und veränderbar,⁶⁵ stets »zeitgebunden und in einen sozialen Raum eingeschrieben«.⁶⁶ Was wer wie fühlt und als welche ›Emotion‹ benennt, ist somit historisch variabel. Doch nicht allein die Rekonstruktion dieser Historizität führt zügig zu begriffsgeschichtlichen Betrachtungen. Auch die Frage, wie Akteure zu bestimmten Emotionen gelangen, verweist auf die Relevanz und Prägekraft, die von der Sprache ausgeht, und verlangt sprachgeschichtlich sensible Analysen. Denn Gefühle – so eine weitere Grundannahme – werden sprachgebunden transportiert, und vom Gebrauch bestimmter Wörter geht eine gefühlsbildende Wirkung aus.⁶⁷ Mithin lässt sich vielfach eine effekt-zeitigende Wechselbeziehung zwischen dem Empfinden und dem – gerade auch sprachlichen – Äußern von Emotionen ausmachen.⁶⁸ Und keineswegs zuletzt sind Emotionen ein wirk- und geschichtsmächtiger Faktor, dem mit einer sprachgeschichtlichen Suche auf die Spur zu kommen ist.⁶⁹ Die Analyse von Gefühlswörtern in einzelnen historischen Sprachgebrauchssituations kann konkret zeigen, dass und wie Emotionen »Bestandteil gesellschaftlicher Handlungs- und Deutungszusammenhänge« waren.⁷⁰

zur Debatte und wird von verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen merklich verschiedenen beantwortet. Umfassende Überblicke über die unterschiedlichen Emotionsverständnisse, jeweils aus der Sicht von Historiker/-innen aufgestellt, bieten (die für die neuere Emotionsgeschichte grundlegende Arbeit von) Reddy, William M.: *The Navigation of Feeling. A Framework for the History of Emotions*, Cambridge: Cambridge University Press 2004, S. 3–139, sowie kompakter Plamper, Jan: *The History of Emotions. An Introduction*, Oxford: Oxford University Press 2015, S. 1–39.

⁶² Frevert, Ute: *Vergängliche Gefühle*, Göttingen: Wallstein 2013, S. 9.

⁶³ Ebd.

⁶⁴ Vgl. ebd.

⁶⁵ Vgl. U. Frevert: *Gefühle in der Geschichte*, S. 199, 202.

⁶⁶ Saxer, Daniela: »Mit Gefühl handeln. Ansätze der Emotionsgeschichte«, in: *Traverse* 14:2 (2007), S. 15–29, hier S. 17.

⁶⁷ Vgl. U. Frevert: *Vergängliche Gefühle*, S. 13.

⁶⁸ Vgl. ebd., S. 14.

⁶⁹ Zu den Formen, in denen und durch die Gefühle geschichtsmächtig werden, vgl. U. Frevert: *Gefühle in der Geschichte*, S. 202.

⁷⁰ D. Saxer: *Mit Gefühl handeln*, S. 15.

Aus diesen Kernannahmen folgt, dass das Abklopfen des Sprachgebrauchs auf das wiederholte Vorkommen bestimmter Gefühlswörter einen fruchtbaren Zugang eröffnet, um auf jene Emotionen zu stoßen, die in einer spezifischen historischen Konstellation verbreitet und wirkmächtig waren.⁷¹ Diese Wirkmacht entfalten Emotionen, indem sie als Motiv oder Triebfeder für sprachgebundenes oder nicht-sprachgebundenes Handeln fungieren. Überspitzt hat die Soziologin Eva Illouz sie als die »energiegeladene« Seite des Handelns« bezeichnet, »wobei diese Energie zugleich Kognition, Affekt, Bewertung, Motivation und den Körper implizier[e]«.⁷² Letztlich verweisen Gefühlswörter als Indikatoren auf zeitgenössisch verbreitete Empfindungen, zugleich können sie als Faktoren interpretiert werden, die Handeln auslösten und beeinflussten. Sie sind eine zusätzlich nutzbare Sonde, um zu eruieren, auf welche Weise in einer historischen Konstellation, etwa einer Krise, Umbruchprozesse wahrgenommen und wie vor diesem Hintergrund Deutungen produziert wurden. Der Ertrag einer solchen emotionsgeschichtlichen Erweiterung der Krisenanalyse, die bislang kaum angegangen wurde,⁷³ ist ein doppelter: Zum einen wird das Verständnis der Krise erweitert, weil eine zusätzliche Erkenntnisdimension berücksichtigt wird; hier liegt der »krisengeschichtliche« Verstehenszuwachs. Zum anderen stellen Wirtschaftskrisen(-diskurse) auch für einen primär gefühlsgeschichtlich gespeisten Interessenfokus ein ausgesprochen spannendes Untersuchungsobjekt dar. Denn sie ermöglichen, die forschungspraktische Forderung umzusetzen, konkrete »historische Situationen, die Rückschlüsse auf den sozialen Gebrauch von Emotionen und deren Wandel erlauben, mikroanalytisch zu erschließen.«⁷⁴

Vor diesem Hintergrund wird nachfolgend für die drei betrachteten Wirtschaftskrisen erprobt, welche Ergebnisse eine zielgerichtete Suche nach Gefühlswörtern zeitigt – stets unter der Einschränkung, dass das zugrundeliegende

71 Vgl. auch N. Verheyen: Geschichte der Gefühle, S. 5 (der pdf-Version). Verheyen plädiert explizit für historisch-semantisch angelegte Untersuchungen von »Gefühlswortschätze[n]« (ebd.) und fordert, dabei nicht nur semantische, sondern auch (sprach-)pragmatische Dimensionen – also den Einsatz bestimmter Gefühlswörter und die sozialen Effekte, die von ihnen ausgehen, – zu berücksichtigen.

72 Illouz, Eva: Gefühle in Zeiten des Kapitalismus. Adorno-Vorlesungen 2004, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2006, S. 10.

73 Wichtige Ausnahmen markieren Harold James' emotionsgeschichtliche Annäherung an den New Yorker Börsencrash vom Oktober 1929 (vgl. James, Harold: »1929: The New York Stock Market Crash«, in: Representations 110:1 (2010) S. 129-144) sowie Graf, Rüdiger: »Gefährdungen der Energiesicherheit und die Angst vor der Angst. Westliche Industrieländer und das arabische Ölembargo 1973/74«, in: Patrick Bormann/Thomas Freiberger/Judith Michel (Hg.), Angst in den internationalen Beziehungen, Göttingen: V&R unipress/Bonn University Press 2010, S. 227-249.

74 Meier, Marietta/Saxer, Daniela: »Die Pragmatik der Emotionen im 19. und 20. Jahrhundert«, in: Traverse 14:2 (2007), S. 7-10, hier S. 8.

Quellenkorpus ursprünglich für eine allein historisch-semantische Fragestellung zusammengestellt wurde, die auf die sprachlichen Bauprinzipien von Aussagen zielte, mit denen Krisendeutungen breitenwirksam hervorgebracht und in politischen Debatten zum Argument gemacht wurden.

1. Von übergreifender Konjunktur: »Psychologie« und »Vertrauen«

Wie die Rekonstruktion dieser Bauprinzipien führt auch das Fahnden nach Gefühlswörtern zum gleichen, zweigeteilten Befund.⁷⁵ Zum einen wies jede Krise einen spezifischen Gefühlswortschatz auf, der von der je eigenen Geschichte und Gestalt dieser Krise kündete und diese mit hervorbrachte. Zum anderen sind Begriffe auszumachen, die fallübergreifend eine hohe Konjunktur erfuhrten. Unter letzteren ragten »Psychologie«/»psychologisch« und »Vertrauen« heraus, mithin Termini, die weniger eine konkrete Emotion als vielmehr die Grenzen dessen beschreiben, was allein rational zu ermessen ist. Zumeist bezeichneten die Akteure mit ihnen Faktoren, die sie für ökonomisch relevant hielten, aber nicht genau(er) benennen oder gar quantifizieren konnten. Im November 1929 konnte es entsprechend heißen, US-Präsident Herbert Hoover plane ein Wirtschaftsprogramm und begründe dies damit, dass »zwar ein mangelndes Vertrauen in die wirtschaftliche Gesundheit des Landes töricht sei, daß aber angesichts der deprimierten Stimmung die Wirtschaft neue Anregungen« benötige.⁷⁶ Der ehemalige Reichskanzler Hermann Müller (SPD) argumentierte im Herbst 1930, um eine weitere »Kapitalflucht« zu verhindern, sei es notwendig, »daß das Vertrauen zum deutschen Staat und zur deutschen Wirtschaft gehoben« werde.⁷⁷ Nach einer Diskontsatzsenkung durch die Bundesbank schrieb die SZ Anfang 1967, diese »Lockierung der Kreditbremse [...] soll[e] ein vor allem psychologisch wichtiges Signal der Ermutigung setzen.«⁷⁸

Grundsätzlich zeugt der Begriffsgebrauch vom Bewusstsein zahlreicher Akteure dafür, dass wirtschaftliches Verhalten, zumal am Kapitalmarkt, und Krisenentwicklungen nicht allein rational begründet, erklärt oder gar präzise prognostiziert werden konnten, sondern von zusätzlichen Faktoren abhingen, unter denen »Vertrauen« besonders relevant erschien. Insofern spiegelt der Sprachgebrauch Beobachtungs- und Reflexionsleistungen wider, die von Krise zu Krise zunahmen. Was »Vertrauen« genau bedeuten sollte, war aus den einzelnen Äußerungen oft

⁷⁵ Zu den Spezifika und Gemeinsamkeiten der semantischen Konstruktion der drei analysierten Krisen vgl. zusammenfassend K. Klammer: »Wirtschaftskrisen«, S. 437–451.

⁷⁶ N.N.: »[Folgen des New Yorker Börsenkrachs.] Ueberraschendes Eingreifen Hoovers. Ohne Beispiel in Amerikas Geschichte«, in: B.Z. am Mittag vom 16.11.1929, S. 1.

⁷⁷ Müller, Hermann: Reichstag, 5. WP, 4. Sitzung, 17.10.1930, S. 48 D-56 A, hier S. 54 B.

⁷⁸ Czerwensky, Gerhard: »Zentralbankrat löst die Kreditbremse. Diskontsatz auf vier Prozent gesenkt. Durch gleichzeitige Verringerung der Mindestreserven werden 1,7 Milliarden Mark für Kredite frei«, in: SZ vom 17.02.1967, S. 1.

nicht eindeutig zu schließen. Nur selten war das unmittelbare Vertrauensverhältnis zwischen einzelnen Akteuren – etwa das Vertrauen in die Verlässlichkeit von Geschäftspartnern – gemeint. Stattdessen bezeichnete ›Vertrauen‹ zumeist eine Mischung aus ›Zutrauen‹ und ›Zuversicht‹, zielte also auf die (Bedeutung der) Stimmungen und Erwartungshaltungen der Wirtschaftssubjekte. Die ›Vertrauensrede‹ konnte sich genauso auf die Stabilität des institutionellen und ökonomischen Rahmens beziehen, in dem sich die Wirtschaftssubjekte bewegten, wie auf die Gewährleistung von Investitionssicherheit. Ihre prägnanteste Verdichtung erfuhr eine derartige Sicht auf die Relevanz von ›Psychologie‹ und ›Vertrauen‹ schließlich in der bekannten Formel, der zufolge ›Wirtschafts-, besonders Konjunkturpolitik zu xy Prozent Psychologie‹ sei. Karl Schiller und Franz Josef Strauß brachten sie eindrücklich zum Ausdruck. Schiller erklärte im Februar 1967:

»Wir wissen [...], daß Konjunktur, daß Aufschwung nicht nur eine Angelegenheit des Geldes, der Aufträge, der Quanten sind; wir wissen, daß Konjunktur zu 50 % auch Psychologie ist. Deswegen dienen diese Maßnahmen [einer aktiven Konjunkturpolitik, K.K.] zusammen mit der gesamten Defizitbereinigung auch der Wiederherstellung des Vertrauens, des Vertrauens der Unternehmer bei ihren Dispositionen, aber auch und gerade des Vertrauens der Arbeitnehmer in die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze.«⁷⁹

Strauß, anders als zu Zeiten der Großen Koalition nicht mehr Teil des als kongenial inszenierten Duos Schiller-Strauß, sondern inzwischen wortgewaltigste Stimme der Opposition, mahnte im Sommer 1974: »Konjunkturpolitik ist [...] in erster Linie Psychologie. Jeder konjunkturpolitische Abschwung signalisiert auch eine Vertrauenskrise. Jeder Aufschwung setzt die Wiedergewinnung des Vertrauens voraus. Nur dann kann die seit Jahren stillstehende Investitionstätigkeit [...] überwunden werden.«⁸⁰

2. ›Not‹ und ›Elend‹ – Gefühlssemantiken in der Weltwirtschaftskrise

Im wirtschaftlichen Krisendiskurs ab 1929 überlappten und ergänzten sich vielfältige Emotionen. Zu hören und zu lesen war unter anderem von ›Sorge‹⁸¹ und ›Furcht‹⁸² oder der »Weltkrise«, die »[zusammentreffe] mit einer großen seelischen Erregung, die geboren ist aus den Leiden und Enttäuschungen der vergangenen

79 Schiller, Karl: Bundestag, 5. WP, 95. Sitzung, 17.02.1967, S. 4328 B-4331 D, hier S. 4329 C.

80 Strauß, Franz Josef: Bundestag, 7. WP, 19.09.1974, S. 7733 D-7745 B, hier S. 7739 D-7740 A.

81 Vgl. z.B. N.N.: »Ende der Berliner Geldsorgen«, in: Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung, Nr. 286, 4. Beilage vom 30.11.1929, [S. 1].

82 Vgl. z.B. Elsberg, Paul: »Falsche Börsenpolitik«, in: Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung, Beilage zu Nr. 211 vom 04.09.1931, [S. 1].

Jahre.«⁸³ Auf eine klare Dominanz einzelner Gefühlswörter lässt das untersuchte Quellenkorpus gleichwohl nicht schließen; eindeutig bestimmende Einzelemotionen stechen kaum hervor. Kennzeichnend für die Weltwirtschaftskrise war stattdessen das weit verbreitete Feld der ›Not‹-Semantiken. ›Not‹ trat dabei als einzelnes Wort wie auch Bestandteil von Komposita auf. Im Bedeutungsgehalt sehr offen fungierte ›Not‹ als Sammelbegriff für die vielfältigen – politischen, sozialen und emotionalen – Begleiterscheinungen der wirtschaftlichen Misere. Sein Vorkommen war eng verwandt mit dem Begriff des ›Elends‹. Der KPD-Abgeordnete Theodor Neubauer prangerte Ende 1929 die Folgen der »ungeheure[n] wirtschaftliche[n] Not an«, nicht zuletzt für die »Millionen Arbeiter, die in fürchterlichsten Höhlen hausen müssen, wo sie körperlich und geistig ruiniert« würden.⁸⁴ Zweieinhalb Jahre später klagte der Sozialdemokrat Peter Graßmann, »die deutsche Öffentlichkeit [sei] anscheinend gegen die Not der Arbeitslosen völlig abgestumpft«; geradezu gleichgültig begegne sie »dem »furchtbare[n] Jammer des Einzelnen und seiner Familie, [dem] physische[n] und psychische[n] Zugrundegehen des Individuums«.⁸⁵ Reichskanzler Franz von Papen mahnte im Herbst 1932, es sei geboten, »alle willigen Kräfte [...] zusammenzufassen, um die furchtbare Not unserer Zeit zu überwinden.«⁸⁶ Günther Gereke, unter Papens Nachfolger Kurt von Schleicher Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, benannte zwei Faktoren, die politische Handlungsnotwendigkeiten maßgeblich bestimmten: »das Elend der Erwerbslosen [und] die Notlage der privaten Wirtschaft«.⁸⁷

Wie die Zitate unterstreichen, waren beide Begriffe einerseits argumentativ einsetzbar, um Zustände zu beschreiben, andererseits, um ebendiese anzuprangern und durch Dramatisierung auf das Ausmaß der Krisenfolgen hinzuweisen. Sie eigneten sich somit hervorragend dazu, Handlungsnotwendigkeiten zu reklamieren, und wiesen einen entsprechend großen pragmatischen Gebrauchswert auf.

83 H. Brüning: Reichstag, 16.10.1930, S. 17 A.

84 Neubauer, Theodor: Reichstag, 4. WP, 115. Sitzung, 13.12.1929, S. 3544 A-3549 B, hier S. 3547 B.

85 Graßmann, Peter: Reichstag, 5. WP, 62. Sitzung, 10.05.1932, S. 2527 D-2536 C, hier S. 2530 A.

86 Papen, Franz von: »Rede des Reichskanzlers vor Vertretern der westdeutschen Wirtschaft in der Paderborner Schützenhalle am 16. Oktober 1932, 11:30 Uhr«, in: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett von Papen, 1. Juni bis 3. Dezember 1932. Band 2, bearbeitet von Karl-Heinz Minuth, Boppard: Booms 1989, S. 785-792, hier S. 787.

87 Gereke, Günther: »Rundfunkrede des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung. 23. Dezember 1932«, in: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett von Schleicher, 3. Dezember 1932 bis 30. Januar 1933, bearbeitet von Anton Golecki, Boppard: Booms 1986, S. 156-162, hier S. 156f.

3. Mit ›Mut‹ durch die ›Wachstumsdelle‹?

Nicht allein aufgrund des geringeren Krisenausmaßes und der deutlich kürzeren Dauer unterschied sich die als ›Wachstumsdelle‹ titulierte Kurzzeitrezession 1966/67 von den beiden Weltwirtschaftskrisen. Auch wer die historisch-semantische Brille aufsetzt, erkennt in der ›Delle‹ eine Krise von reduziertem Ausmaß. Als Deutungsmuster basierte sie auf einem überschaubaren terminologischen Set von vergleichsweise wenigen tragenden Topoi und Einzelbegriffen.⁸⁸ Das Ergebnis der Suche nach Gefühlswörtern passt sich in diesen Befund ein. Die Trefferliste bleibt kurz; einzelne Emotionen als für den Gesamtdiskurs konstitutiv oder prägend einzurordnen, ist schwierig. Gleichwohl verdient ein Einzelbefund, hier erwähnt zu werden. Denn über sämtliche Krisenphasen hinweg war bemerkenswert oft vom ›Mut‹ die Rede. Der Begriff markierte zum einen den partiellen Zäsurcharakter der Krise. Nach einer Dekade mit beständig hohen Wachstumsraten und einer (ordo-)liberal orientierten Wirtschaftspolitik mussten sich die Akteure auf eine neue finanz- und wirtschaftspolitische Situation einstellen und auf die keynesianisch inspirierte Politik der ›Globalsteuerung‹ einlassen. In dieser Konstellation beschrieb ›Mut‹ die Notwendigkeit, bisherige Wahrnehmungen und Einschätzungen der wirtschaftlichen Lage zu hinterfragen und politische Reaktionsweisen zu verändern. Zum anderen kam der Appell, ›mutig zu sein‹, einer Handlungsaufforderung gleich, die emotional positiv konnotiert und so von rhetorisch und pragmatisch hohem Wert war. Der sprachpragmatische Nutzen der ›Mut‹-Vokabel steigerte sich noch angesichts der Gegenvorstellungen, die schnell implizit mit schwangen, sobald ›Mut‹ angesprochen wurde: ›Feigheit‹ oder ›Verzagtheit‹. Insfern berührten sich ›Mut‹ und ›Vertrauensrede‹ unmittelbar, da beide wiederholt darauf zielten, ›Zutrauen‹ und ›Zuversicht‹ auszulösen. Mutmaßlich deshalb waren es auffallend oft die handelnden Politiker selbst, die über den gesamten Krisenverlauf hinweg ›Mut‹ priesen oder einforderten. Als sich im November 1966 die Etatlage verschärfe und die Warnungen vor einer Rezession zunahmen, klagte Bundesfinanzminister Kurt Schmücker (CDU) im Bundestag: »Wenn man auf Gefahren hinweist, kann doch nicht [...] behauptet werden, daß man damit zugebe, sich schon in einer Krise zu befinden. Wollen Sie etwa denjenigen, die den Mut haben müssen, auf die Zwangsläufigkeiten hinzuweisen, jede Kraft nehmen, das zu tun?«⁸⁹

Sein Parteifreund Kurt Georg Kiesinger erklärte unmittelbar nach seinem Amtsantritt als Bundeskanzler, die »Gesundung der Bundesfinanzen« sei in erster Linie »eine Frage [...] des politischen Mutes und der Einsicht aller Mitverantwort-

88 Vgl. hierzu ausführlich K. Klammer: ›Wirtschaftskrisen‹, S. 203-290.

89 Schmücker, Kurt: Bundestag, 5. LP, 71. Sitzung, 10.11.1966, S. 3367 C-3375 C, hier S. 3368 B.

lichen.«⁹⁰ Als die Große Koalition im Januar 1967 ihr erstes Maßnahmenpaket auf den Weg brachte, lobte der CDU-Parlamentarier Albert Leicht »den Mut, der bei den zum Teil tief in die Gewohnheiten unserer Bürger einschneidenden Maßnahmen erforderlich war«, und fügte hinzu: »Unser Volk kann wieder Vertrauen haben, die Wirtschaft wieder atmen.«⁹¹ In der SZ hieß es Anfang März, der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Joseph Wild, habe »die mutigen Maßnahmen des Wirtschafts- und Finanzministers [gelobt].«⁹² Im September 1967, als sich die Anzeichen einer konjunkturellen Belebung verdichteten, zitierte BILD Wirtschaftsminister Schiller mit der Forderung an die deutsche Automobilindustrie, wieder »mit Mut [zu starten]«, um so neu »in eine Aufwärtskurve zu gelangen.«⁹³

Auch hier war die politisch-pragmatische Absicht, über den ›Mut‹-Begriff Vertrauen und Zuversicht herzustellen, gut erkennbar. Wenige Tage zuvor hatte die gleiche Zeitung ein noch plastischeres Exempel für die semantische Nähe von ›Vertrauens-‹ und ›Mut-‹Rede im Krisendiskurs geliefert. Leicht gewitzt berichtete BILD: »Die Wirtschaft hat bereits, ermutigt durch das zielstrebige Vorgehen der Großen Koalition, wieder Tritt und Vertrauen gefaßt. [...] Mut schöpften auch die Bauern. Ihnen hat zwar nicht Bonn, [aber] das Wetter geholfen.«⁹⁴

4. ›Verängstigung‹ durch Worte und die Wende zur ›Vernunft‹ – Sprachreflexion und Emotionen in der ›kleinen Weltwirtschaftskrise‹

Die 1970er Jahre in der Bundesrepublik gelten vielfach als »Zeit des Streits«, als Periode einer besonders scharfen parteipolitischen und ideologischen Konfrontation.⁹⁵ Eindrücklich zutage trat sie in Lösungen wie ›Freiheit statt/oder Sozialis-

90 Kiesinger, Kurt Georg: Bundestag, 5. LP, 80. Sitzung, 13.12.1966, S. 3656 C-3665 C, hier S. 3657 D.

91 Leicht, Albert: Bundestag, 5. LP, 88. Sitzung, 26.01.1967, S. 4100 C-4104 D, hier S. 4101 D.

92 N.N.: »Kiesinger eröffnet Münchner Handwerksmesse. Appell an Unternehmer und Verbraucher. ›Wieder Vertrauen in die Wirtschaft gewinnen!‹/Der Wille zur Entspannung bekräftigt«, in: SZ vom 10.03.1967, S. 1f., hier S. 2.

93 Zitiert nach: N.N.: »Gebt Gas, ihr müßt die Kurve kriegen. – Minister Schillers Appell auf der Automobil-Ausstellung, – ›Wieder schärferer Wind in den Segeln der Wirtschaft, – Keine weiteren Belastungen für Deutschlands Autofahrer«, in: BILD vom 15.09.1967, S. 1f., hier S. 1.

94 N.N.: »Letzter Appell an 38 Frauen und 480 Männer in Bonn. Haltet unser Geld zusammen!«, in: BILD vom 06.09.1967, S. 1, 6, hier S. 6.

95 Vgl. Mergel, Thomas: »Zeit des Streits. Die siebziger Jahre in der Bundesrepublik als eine Periode des Konflikts«, in: Michael Wildt (Hg.), Geschichte denken. Perspektiven auf die Geschichtsschreibung heute, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2014, S. 224-243.

mus«, den Slogans der Unionsparteien im Bundestagswahlkampf 1976.⁹⁶ Sie gründete nicht allein auf konträren inhaltlichen Positionen, sondern war auch Folge einer gezielten semantischen Auseinandersetzung, eines bewusst organisierten und geführten Kampfs um Begriffe. Damit fügte sie sich in einen Großtrend ein, den sprachgeschichtliche Forschungen für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts herausgearbeitet haben: einen deutlich gesteigerten Grad an Sprachreflexion.⁹⁷ Das Bewusstsein und die Sensibilität dafür, dass politische Auseinandersetzungen in einem beträchtlichen Maße Auseinandersetzungen um Sprache sind, die Verwendung bestimmter Wörter und Topoi unmittelbare politische Folgewirkungen entfaltet und der Kampf um Begriffe im direkten Sinne ein politischer Machtkampf ist, nahm rapide zu. Plastischer Ausdruck dieser Entwicklung war die Gründung einer ›Projektgruppe Semantik‹ der CDU, die deren Generalsekretär Kurt Biedenkopf und der bayerische Kultusminister Hans Maier (CSU) 1973 anstießen.⁹⁸ Mit ihrer Hilfe versuchten CDU und CSU, Begriffe, die der sozialdemokratisch-links-liberale Zeitgeist angeblich ihrer ›eigentlichen‹ Bedeutung beraubt hatte, neu ›zu besetzen‹.⁹⁹ Auf diese Weise wollte die Union politische Deutungshoheit zurückgewinnen. ›Emanzipation‹, ›Friede‹, ›Fortschritt‹, ›Mitbestimmung‹ und ›Reform‹ stellten prominente Beispiele für derartige Begriffe dar.

Auch die Suche nach Gefühlswörtern im Krisendiskurs zeigt eine bemerkenswert reflektierte Debatte; sie untermauert und erweitert den generellen sprachgeschichtlichen Befund. Denn Gefühlswörter evozierten und indizierten nicht allein bestimmte Grundströmungen des Diskurses. Vielmehr diskutierten die zeitgenössischen Akteure explizit darüber, welche Rolle Emotionen – insbesondere ›Ängste‹ – für ökonomisches Handeln spielten und inwiefern bestimmte Redeweisen angstauslösend wirkten. Dass Angst zum Debattengegenstand wurde, passt sich dabei

96 Zu den Hintergründen dieser Slogans im ›hochideologisierten Wahlkampf von 1976‹ vgl. Mergel, Thomas: Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfs in der Bundesrepublik 1949-1990, Göttingen: Wallstein 2010, S. 263-270, Zitat S. 270.

97 Vgl. Steinmetz, Willibald: »New Perspectives on the Study of Language and Power in the Short Twentieth Century», in: Ders. (Hg.), Political Languages in the Age of Extremes, Oxford: Oxford University Press 2011, S. 3-51, hier S. 3.

98 Eine Zusammenfassung der Ziele und zugrunde gelegten Überlegungen bietet Biedenkopf, Kurt H.: »Politik und Sprache«, in: Bernhard Vogel (Hg.), Neue Bildungspolitik. Plädoyer für ein realistisches Konzept, Herford: Nicolai 1975, S. 21-32.

99 Vgl. dazu insgesamt Geyer, Martin H.: »War over Words. The Search for a Public Language in West Germany«, in: Steinmetz: Political Languages, S. 293-330, hier S. 294-309. Die Projektgruppe bestand bis 1977. Von 1974 bis 1976 existierte mit »Sematest. Institut für Kommunikations- und Sprachforschung« zudem eine CDU-nahe Einrichtung, mit deren Hilfe die Arbeit der »Projektgruppe« auf eine wissenschaftlichere Basis gestellt werden sollte – vgl. Steber, Martina: Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945-1980, Berlin: De Gruyter Oldenbourg 2017, S. 220-229.

ein in das Gesamtbild einer in den 1970er Jahren – gerade auch jenseits der sozioökonomischen Sphäre – von immer mehr Ängsten erfassten bundesrepublikanischen Gesellschaft.¹⁰⁰ Insofern ist weniger bemerkenswert, dass Ängste Thema wurden, sondern auf welche Weise die politisch handelnden Akteure sie in den Blick nahmen.¹⁰¹ Denn letztlich ging es um die performativen Konsequenzen ihres eigenen Sprachgebrauchs. Zahlreiche Beispiele führen dies prägnant vor Augen: Im November 1973, mitten während der Ölpreiskrise, lobte Otto Graf Lambsdorff das Verhalten seines Parteifreundes, des liberalen Wirtschaftsministers Hans Friedrichs. Dieser habe »unbestritten umfassend und richtig informiert, [...] keine Spekulationen veröffentlicht und psychologisch genau die richtige Haltung getroffen, die man mit dem Wort ›Ruhe ist die erste Bürgerpflicht‹ umschreiben« könne.¹⁰² Schließlich seien »[i]n diesem Land [...] nun einmal auf Grund geschichtlicher Erfahrungen [...] die Neigung zu Vorrats-, Angst- und Hortungskäufen [...] unbestreitbar vorhanden, und es [müsste] die Pflicht des verantwortlichen Mitglieds der Bundesregierung sein, einer solchen Neigung entgegenzuwirken.«¹⁰³

Konträr zu dieser Sicht kritisierte Oppositionsführer Karl Carstens im Januar 1974:

»An der Lage, die wir jetzt vor uns finden, trägt die Regierung ein erhebliches Maß an Mitverantwortung. Ihr Verhalten während der Ölkrise war durch Unsicherheit und Zwiespältigkeit gekennzeichnet. Düstere Prognosen, die der Bundeskanzler selbst aussprach, führten zu Angstkäufen, und die Forderung nach Höchstpreisen bewirkte natürlich, wie hätte es anders sein können, eine[n] alsbaldigen Preisauftrieb.«¹⁰⁴

Helmut Schmidt wiederum attackierte in seiner ersten Regierungserklärung als Bundeskanzler die Redeweisen der Opposition. Er habe »Verständnis für [...] Sorgen angesichts dieser neuen, völlig ungewohnten Vorgänge auf den Weltmärkten«, jedoch »kein Verständnis, wenn einzelne Sprecher der Opposition diese berechtigten Sorgen zu einer Kampagne ausnutzen möchten, die doch nur Angst schüren

¹⁰⁰ Vgl. hierzu umfassend Biess, Frank: Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik, Reinbek: Rowohlt 2019, Kap. 7, prägnant S. 297–301, der eine Reihe von Faktoren diskutiert, die – jenseits von und zusätzlich zu sozioökonomischen Veränderungsprozessen – jeweils teilursächlich für diese Verängstigungen gewesen seien.

¹⁰¹ Für eine Komplementärperspektive zum hier analysierten öffentlichen Sprachgebrauch vgl. R. Graf: Gefährdungen der Energiesicherheit, S. 238–246, der für Oktober und November 1973 auf Basis interner Regierungsdokumente und des diplomatischen Verkehrs Ängste als Handlungsmotive und Kommunikationsinhalte untersucht.

¹⁰² Lambsdorff, Otto Graf: Bundestag, 7. WP, 67. Sitzung, 29.11.1973, S. 3926 D-3932 C, hier S. 3927 C.

¹⁰³ Ebd.

¹⁰⁴ Carstens, Karl: Bundestag, 7. WP, 76. Sitzung, 24.01.1974, S. 4777C-4785 C, hier S. 4778 A.

soll[e].«¹⁰⁵ Seine »Regierung [werde] nicht zulassen, dass die Opposition damit genau den Zustand herbeirede[], den sie als existent suggerieren« wolle.¹⁰⁶

In letzter Konsequenz kreiste der Streit um die Frage, inwiefern eine ›tatsächliche‹ Krise vorliege oder aber diese nur ›herbeigeredet‹ sei. Mitunter griffen Redner diesen Aspekt auch direkt auf. So wies Hans Katzer für die Unionsparteien den Vorwurf der Regierung zurück, sie betreibe »ein Geschäft mit der Angst« und zeichne ein abwegiges Bild von der Lage, das den »Tatsachen« entbehre – schließlich bestünden diese »Tatsachen« in »600.000 Arbeitslose[n]« und »300.000 Kurzarbeiter[n]«.¹⁰⁷

Für die Sozialdemokraten antwortete Peter Reuschenbach, indem er eine Mahnung zitierte, die Jahre zuvor ausgerechnet Franz Josef Strauß formuliert hatte:

»Man kann einem Volke, auch wenn es ihm gut geht, die Gegenwart als schwer erträglich und durch düstere Prophezeiungen die Zukunft als gefährdet und katastrophengeladen vorgaukeln, bis sogar Anwandlungen von Hysterie auftreten und durch Angstreaktionen erst die Gefahren heraufbeschworen werden, vor denen angeblich gewarnt werden soll. Dazu gehört auch der leichtfertige, das Gesetz der Dimension verletzende Gebrauch der Begriffe Krise, Depression, Inflation, und ähnliche.«¹⁰⁸

Leicht anders gelagert war ein zweiter, eher indirekter emotionsgeschichtlicher Strang im Krisendiskurs der 1970er Jahre. Gestritten wurde nämlich nicht nur über die Frage, ob und wie Redeweisen bestimmte Emotionen weckten. Vielmehr gewann im Verlauf der engeren finanz- und wirtschaftspolitischen Debatte auch ein semantischer Gegenpol des ›Emotionalen‹ eine beachtliche Bedeutung: das Feld der ›Vernunft-Semantiken‹.¹⁰⁹ Sie lassen sich als ein Baustein der partiellen Hinwendung zu neoliberalen, angebotsorientierten Konzepten in der Wirtschaftspolitik lesen. Im Kern priesen sie dauerhaften – insbesondere finanziellen – Verzicht als

¹⁰⁵ Schmidt, Helmut: Bundestag, 7. WP, 100. Sitzung, 17.05.1974, S. 6593 C-6605 D, hier S. 6600 B-6600 C. Schmidt knüpfte mit dieser Kritik an eine Argumentation an, die sein Vorgänger Willy Brandt bereits im Vormonat formuliert hatte – vgl. Brandt, Willy: Bundestag, 7. WP, 93. Sitzung, 02.04.1974, S. 6246 C-6253 B, hier S. 6248 B-6248 C.

¹⁰⁶ H. Schmidt: Bundestag, 17.05.1974, S. 6600 C.

¹⁰⁷ Katzer, Hans: Bundestag, 7. WP, 93. Sitzung, 02.04.1974, S. 6253 B-6255 D, hier S. 6253 D.

¹⁰⁸ Reuschenbach, Peter: Bundestag, 7. WP, 93. Sitzung, 02.04.1974, S. 6260 A-6263 B, hier S. 6261 A-6261 B.

¹⁰⁹ Mithin tangiert die Beobachtung das grundlegende Bedingungsverhältnis von ›Rationalität‹ und ›Emotionalität‹, das wissenschaftlich beachtliche Aufmerksamkeit erfahren und zu zahlreichen Studien angeregt hat, vgl. Jensen, Uffa/Morath, Daniel: »Die Verwissenschaftlichung des Emotionalen in der langen Jahrhundertwende (1880-1930)«, in: Dies. (Hg.), Rationalisierungen des Gefühls. Zum Verhältnis von Wissenschaft und Emotionen 1880-1930, München: Fink 2008, S. 11-34, hier S. 15 (mit zahlreichen weiterführenden Literaturhinweisen in Anm. 17).

ein Mittel zur Krisenüberwindung, indem sie dieses Verhalten als ›vernünftig‹ deklarierten. Entsprechend verbreitet waren ›Vernunft‹-Semantiken im Zusammenhang von Tarifauseinandersetzungen. Hieß es von Willy Brandt Anfang 1974 noch, er fordere die »Arbeitnehmer zu einer angesichts der wirtschaftlichen Lage maßvollen Lohnpolitik [auf]«,¹¹⁰ wurde Wirtschaftsminister Friderichs kurz darauf dezipiert mit der Mahnung »an alle Bürger« zitiert, »sich in diesem Jahr vernünftig zu verhalten. Nur dann könnten die wirtschaftlichen Probleme gemeistert werden.«¹¹¹ Konkret meinte Friderichs damit, keine Tarifverträge abzuschließen, die Lohnsteigerungen von mehr als zehn Prozent vorsahen. In der Summe verdichteten sich die Aussagen zum Topos ›Wer unvernünftig hohe Lohnerhöhungen beschließt, heizt die Inflation weiter an, überfordert die öffentlichen Haushalte, vor allem aber Unternehmen, und gefährdet Wachstum und Arbeitsplätze.‹ Das Redemuster sollte elementar für den Krisendiskurs werden, wie ein FAZ-Kommentar aus dem Herbst 1975 pointiert unterstrich, in dem es hieß:

»Die Lohnrunde hat ihren ersten Schatten vorausgeworfen. [...] Schon die Vorgeplänkel lassen erkennen, wie schwierig es wieder werden wird, vernünftigen Überlegungen eine Chance zu geben. Zwar haben einige Gewerkschaftsführer gelegentlich Einsicht in die veränderte Lage unserer Volkswirtschaft angedeutet; doch die offiziellen Reden vor Mitgliedern verraten nach wie vor eine aggressive Einstellung, die alle Opfer von der eigenen Klientel wegwenden und anderen zumuten möchte.«¹¹²

Ähnlich wie beim Beispiel der ›Mutrede‹ bezog die ›Vernunftrede‹ ihre argumentative Schlagkraft aus den – ausgesprochen und unausgesprochen – wirkmächtigen Gegenbegriffen: ›Unvernunft‹ und ›Uneinsichtigkeit‹. Mithin lassen sich die ›Vernunft‹-Semantiken als eine abgeschwächte Variante von ›Sachzwang‹-Argumentationen interpretieren.¹¹³ Gemeinsam ist ihnen zum einen der Verweis auf Rationalität, zum anderen eine unterstellte (in diesem Fall: volkswirtschaftliche) Eigenlogik, die im Kern zu akzeptieren sei. Einen Unterschied zum ›Sachzwang‹ – und zu der in den Krisendebatten ab 2008 verbreiteten Rede von ›Alternativlosigkeit‹ – markierten die eingestandenen Spielräume. Denn es stand nicht bloß eine einzige, ›rational betrachtet zwangsläufig zu wählende‹

¹¹⁰ N.N.: »Arbeitnehmer zum Maßhalten aufgefordert. Brandt hält zweistellige Lohnforderungen im Öffentlichen Dienst für überhöht«, in: SZ, 25.01.1974, S. 1f., hier S. 1.

¹¹¹ N.N.: »Minister Friderichs: Alle müssen vernünftig sein«, in: BILD vom 07.02.1974, S. 1.

¹¹² Vetter, Ernst Günter: »Das Schlagwort ›Lohnpause‹«, in: FAZ vom 24.09.1975, S. 1.

¹¹³ Zur Redefigur des ›Sachzwangs‹ und ihren hier thematisierten Merkmalen vgl. Steinmetz, Willibald: »Anbetung und Dämonisierung des ›Sachzwangs‹. Zur Archäologie einer deutschen Redefigur«, in: Michael Jeismann (Hg.), Obsessionen. Beherrschende Gedanken im wissenschaftlichen Zeitalter, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1995, S. 293-333, hier besonders S. 293-296.

Handlungsoption im Raum, sondern prinzipiell waren mehrere Entscheidungen möglich, wenngleich nicht anzuraten. Somit zielte die ›Vernunftrede‹ auf ein bestimmt formuliertes ›Soll‹, beschrieb und bedeutete aber kein unbedingtes ›Muss‹.

V. Fazit

Was Krisen ›sind‹, kann auch dieser Aufsatz nicht beantworten. Aber er hat ausgeleuchtet, auf welche Weise Veränderungen auf der Ebene von Erwartungen und Erfahrungen dazu beitrugen, ›Krise‹ als politisch handlungsleitendes Deutungsmuster im öffentlich-politischen Sprachgebrauch zu etablieren und zu wandeln. Dabei zielte er auf wiederkehrend beobachtbare, musterhafte Veränderungen, um die Mechanismen der Krisendiskurse präziser zu rekonstruieren und so das Verständnis dafür zu vertiefen, wie wirtschaftliche Krisendebatten funktionieren und verlaufen.

Erwartungsumschwünge erwiesen sich als essentiell für die Frühphasen der Krisendiskurse, die in vielfacher Hinsicht zunächst Zukunftsdiskurse waren. Die zeitliche Tiefe dieser Zukunft zog sich drastisch zusammen, für möglich erachtete wirtschaftspolitische Herausforderungen nahmen merklich zu, die Bandbreite der Sichtweisen auf diese Probleme und die Mittel, ihnen zu begegnen, waren gering. Hieraus resultierte die Wucht, mit der Krisendeutungen in die politische Kommunikation geschleust wurden, und die zum Phänomen der vorgelagerten Semantik führte: Das Aufkommen der Krisendiskurse und teils gar die Spitzen der Krisendebatten gingen den Krisenhöhepunkten, wie sie Konjunkturdaten ausweisen, in allen drei Fällen signifikant voraus.

Im Krisenverlauf dehnte sich das Erwartungsspektrum zeitlich und inhaltlich wieder aus; die diskurskonstituierende Relevanz der ›Zukunft‹ ging zurück. Hingegen nahm die Bedeutung von Erfahrungen in mehrfacher Hinsicht zu. Elementar für die Krisendebatten war zunächst vor allem die neue Erfahrung, mit einer Situation konfrontiert zu sein, die so noch ›nie dagewesen‹ und der allein mit Erfahrungswissen nicht adäquat zu begegnen sei. Vorangegangene Krisen erschienen also gerade nicht oder nur sehr bedingt als taugliche Referenzmodelle für aktuelles Krisenhandeln. Zugleich spielten diese vorangegangenen Krisen doch eine entscheidende Rolle. Zum einen waren sie indirekt präsent in Form der Gesamtheit des wirtschaftswissenschaftlichen (Krisen-)Wissens, das angesichts der jeweils neuen Krisenerfahrung als modifizierungs- und ausbaubedürftig erschien. Zum anderen war die Erinnerung an die Krise der 1930er Jahre in Schlagworten wie ›Weimar‹ und ›Weltwirtschaftskrise‹ kondensiert und in dieser Form in den Krisendebatten der Nachkriegszeit präsent. Redner und Autoren konnten so mit dem Gebrauch weniger Worte unmittelbar den Ernst einer ökonomischen oder politi-

schen Situation vermitteln, Handlungsdruck erzeugen und Erwartungshaltungen dämpfen, was vor allem Regierenden zupass kam.

Die Sensibilität der Akteure dafür, dass ihr Sprachgebrauch politische Effekte zeitigte, nahm kontinuierlich zu. Die Analyse der Krisendiskurse bestätigt damit grundlegende sprachgeschichtliche Befunde zur Entwicklung der Sprachreflexion in der politischen Kommunikation im 20. Jahrhundert. Zugleich erweitert sie diese Befunde mit Blick auf den Gebrauch von Gefühlswörtern in Krisendiskursen. In allen drei Krisen war den Akteuren bewusst, dass wirtschaftliches Handeln nicht allein rational bedingt und zu verstehen ist. Davon zeugte die durchweg hohe Verwendungsraten der Begriffe ‚Psychologie‘ und ‚Vertrauen‘. Spätestens in den 1970er Jahren ereignete sich jedoch ein entscheidender qualitativer Wandel der Form, in der die Akteure die Relevanz der Gefühle in den Krisendebatten diskutierten. Denn angesprochen wurden Emotionen nicht länger nur unter dem Aspekt der von ihnen ausgehenden ökonomischen Effekte. Hinzu trat die intensive Diskussion der Frage, inwieweit der Sprachgebrauch politischer Akteure breitenwirksam Emotionen – vor allem ‚Ängste‘ – geweckt und so bestimmtes krisenverursachendes Handeln provoziert habe. Indem nicht länger allein die Rolle von Emotionen, sondern nun auch das Zustandekommen einzelner Emotionen Gegenstand tagespolitischer Auseinandersetzungen war, potenzierte sich das Gespür für die performativen Folgen des Sprachgebrauchs. Zugleich ließen diese Debatten ein vertieftes Verständnis für die Komplexität von Wirtschaftskrisen erkennen, in denen sich politisches Sprachhandeln und ökonomisches Alltagsagieren, emotionales und interessegeleitetes Handeln untrennbar verquick(t)en.

Es bleibt zu erproben, inwieweit sich zusätzlich zu diesen Einzelbeobachtungen auf der Schwelle von Emotionsgeschichte und Historischer Semantik weitere Erkenntnisdimensionen eröffnen, wenn man Wirtschaftskrisen gezielt als ‚Gefühlsräume‘¹¹⁴ untersucht. Eine umfassende emotionshistorische Sicht auf ökonomische Krisen steht bislang aus, wäre aber wünschenswert.¹¹⁵ Mit ihr ließe sich

¹¹⁴ Begriff entlehnt bei Langewiesche, Dieter: »Gefühlsraum Nation. Eine Emotionsgeschichte der Nation, die Grenzen zwischen öffentlichem und privatem Gefühlsraum nicht eingeblendet«, in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaften 15 (2012), S. 195-215.

¹¹⁵ Auch insgesamt fristen emotionsgeschichtliche Ertindungen in wirtschaftsgeschichtlichen Kontexten – abgesehen von der gewachsenen Sensibilität für ‚Vertrauen‘ und (Ir-)Rationalität – nach wie vor ein eher randständiges Dasein, insbesondere verglichen mit anderen Teildisziplinen des Fachs. Insofern hat sich an der gleichlautenden Beobachtung, die Bettina Hitzer vor knapp einer Dekade formuliert hat, wenig geändert (vgl. Hitzer, Bettina: »Emotionsgeschichte – ein Anfang mit Folgen«, in: H-Soz-Kult 23.11.2011, <https://www.hsozkult.de/iteraturreview/id/forschungsberichte-1221> (letzter Abruf 20.06.2020), S. 1-80, hier S. 25). An Potenzialen und Fragerichtungen, mit denen sich wirtschaftsgeschichtliche Fragestellungen entsprechend erweitern ließen, mangelt es jedoch nicht, wie Plamper exemplarisch gezeigt hat (vgl. J. Plamper: History of Emotions, S. 282-284). Deutlich mehr Aufmerksamkeit, in des jeweils aus nicht wirtschaftsgeschichtlicher Sicht, erfährt hingegen das Verhältnis von

noch deutlicher die multifaktorielle Gestalt von Wirtschaftskrisen herauspräparieren. Demnach resultierte die Wirkmacht der Wirtschaftskrisen nicht nur daraus, dass in bestimmten ökonomischen Situationen einzelne politische Ereignisse die Akteure auf breiter Front dazu brachten, die Situation als ›krisenhaft‹ zu interpretieren – und so die ›Krise‹ als politisch bestimmende, weil handlungsleitende Deutung entstehen zu lassen. Vielmehr ließe sich zusätzlich untersuchen, wie diese Deutung auf bestimmten emotionalen Äußerungen beruhte und das breitenwirksame Aufkommen weiterer Gefühle provozierte. Und es wäre nachzuverfolgen, wie diese Emotionen das Deutungsmuster ›Krise‹ aktualisierten und veränderten. Mithin ließe sich eruieren, wie Prozesse des Erfahrens, Fühlens und Deutens ineinandergriffen, die politischen Debatten formten, politische Zielhierarchisierungen veränderten und den Raum des (wirtschafts-)politisch denkbar, machbar und notwendig Erscheinenden neu vermaßen. Auf diese Weise wäre das Zusammenspiel von emotionalem, semantischem und im engeren Sinne politischem Wandel plastisch greifbar – und letztlich jener wirtschaftspolitische und institutionelle Wandel, der Wirtschaftskrisen als Umbruchphasen kennzeichnet, noch präziser zu verstehen.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Abelshauser, Werner: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart, 2., vollständig überarbeitete Auflage, München: C.H. Beck 2011.
- Aschmann, Birgit: »Vom Nutzen und Nachteil der Emotionen in der Geschichte«, in: Dies. (Hg.), Gefühl und Kalkül. Der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts (= Historische Mitteilungen, Beiheft 62), Stuttgart: Steiner 2005, S. 9-32.
- Berkenkopf, Paul: »Goldmangel und Weltkrise«, in: Wirtschaftsdienst 15 vom 25.07.1930, S. 1273-1277.
- Biedenkopf, Kurt H.: »Politik und Sprache«, in: Bernhard Vogel (Hg.), Neue Bildungspolitik. Plädoyer für ein realistisches Konzept, Herford: Nicolai 1975, S. 21-32.
- Biess, Frank: Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik, Reinbek: Rowohlt 2019.
- Brandt, Willy: Bundestag, 7. WP, 93. Sitzung, 02.04.1974, S. 6246 C-6253 B.

Emotionen und Kapitalismus, vgl. exemplarisch Frevert, Ute: »Gefühle und Kapitalismus«, in: Gunilla Budde (Hg.), Kapitalismus. Historische Annäherungen, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2011, S. 50-72; Illouz, Eva (Hg.): Emotions as Commodities. Capitalism, Consumption and Authenticity (= Routledge Studies in the Sociology of Emotions, Band 2), London: Routledge 2018.

- Brüning, Heinrich: Reichstag, 4. WP, 200. Sitzung, 15.07.1930, S. 6373 C-6375 D.
- Brüning, Heinrich: Reichstag, 5. WP, 3. Sitzung, 16.10.1930, S. 17 A-22 C.
- Buschmann, Hans: »Reinigungs-Krise«, in: Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung, 3. Beilage zu Nr. 257 vom 27.10.1929, [S. 1].
- Carstens, Karl: Bundestag, 7. WP, 76. Sitzung, 24.01.1974, S. 4777C-4785 C.
- Czerwensky, Gerhard: »Zentralbankrat löst die Kreditbremse. Diskontsatz auf vier Prozent gesenkt. Durch gleichzeitige Verringerung der Mindestreserven werden 1,7 Milliarden Mark für Kredite frei«, in: SZ vom 17.02.1967, S. 1.
- Delmonte, Edmund: »Bessere Auslese«, in: Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung, Beilage zu Nr. 205 vom 28.08.1931, [S. 1].
- Destatis (Statistisches Bundesamt): Arbeitsmarkt, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/LangeReihen/Arbeitsmarkt/lrarbo03.html> (letzter Abruf 10.10.2018).
- Destatis (Statistisches Bundesamt): Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volkseinkommen, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Tabellen/inlandsprodukt-volkseinkommen1925-xls> (letzter Abruf 20.06.2020).
- Dietrich, Hermann Robert: Reichstag, 5. WP, 7. Sitzung, 03.12.1930, S. 221 B-230 B.
- Dönhoff, Marion: »Mit 15 Prozent ins Verhängnis? Die fetten Jahre sind nun vorüber«, in: DIE ZEIT vom 01.02.1974, S. 1.
- Elsberg, Paul: »Falsche Börsenpolitik«, in: Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung, Beilage zu Nr. 211 vom 04.09.1931, [S. 1].
- Frevert, Ute: »Was haben Gefühle in der Geschichte zu suchen?«, in: Geschichte und Gesellschaft 35:2 (2009), S. 183-208.
- Frevert, Ute: »Gefühle und Kapitalismus«, in: Gunilla Budde (Hg.), Kapitalismus. Historische Annäherungen, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2011, S. 50-72.
- Frevert, Ute: Vergängliche Gefühle, Göttingen: Wallstein 2013.
- Friderichs, Hans: Bundestag, 7. WP, 65. Sitzung, 09.11.1973, S. 3837 D-3840 B.
- Gereke, Günther: »Rundfunkrede des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung. 23. Dezember 1932«, in: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett von Schleicher, 3. Dezember 1932 bis 30. Januar 1933, bearbeitet von Anton Golecki, Boppard: Booms 1986, S. 156-162.
- Geyer, Martin H.: »War over Words. The Search for a Public Language in West Germany«, in: Willibald Steinmetz (Hg.), Political Languages in the Age of Extremes, Oxford: Oxford University Press 2011, S. 293-330.
- Graf, Rüdiger: »Gefährdungen der Energiesicherheit und die Angst vor der Angst. Westliche Industrieländer und das arabische Ölembargo 1973/74«, in: Patrick Bormann/Thomas Freiberger/Judith Michel (Hg.), Angst in den internationalen Beziehungen, Göttingen: V&R unipress/Bonn University Press 2010, S. 227-249.

- Graf, Rüdiger: »Die Krise als epochemachender Begriff«, in: Martin Sabrow/Peter Ulrich Weiß (Hg.), Das 20. Jahrhundert vermesssen. Signaturen eines vergangenen Zeitalters (= Geschichte der Gegenwart, Band 13), Göttingen: Wallstein 2017, S. 161-178.
- Graßmann, Peter: Reichstag, 5. WP, 62. Sitzung, 10.05.1932, S. 2527 D-2536 C.
- Hesse, Jan-Otmar: Wirtschaftsgeschichte. Entstehung und Wandel der modernen Wirtschaft, Frankfurt a.M.: Campus 2013.
- Hesse, Jan-Otmar/Köster, Roman/Plumpe, Werner: Die Große Depression. Die Weltwirtschaftskrise 1929-1939, Frankfurt a.M.: Campus 2014.
- Hitzer, Bettina: »Emotionsgeschichte – ein Anfang mit Folgen«, in: H-Soz-Kult 23.11.2011, <https://www.hsozkult.de/literaturereview/id/forschungsberichte-12-21> (letzter Abruf 20.06.2020), S. 1-80.
- Illouz, Eva: Gefühle in Zeiten des Kapitalismus. Adorno-Vorlesungen 2004, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2006.
- Illouz, Eva (Hg.): Emotions as Commodities. Capitalism, Consumption and Authenticity (= Routledge Studies in the Sociology of Emotions, Band 2), London: Routledge 2018.
- James, Harold: »1929: The New York Stock Market Crash«, in: Representations 110:1 (2010), S. 129-144.
- Jensen, Uffa/Morat, Daniel: »Die Verwissenschaftlichung des Emotionalen in der langen Jahrhundertwende (1880-1930)«, in: Dies. (Hg.), Rationalisierungen des Gefühls. Zum Verhältnis von Wissenschaft und Emotionen 1880-1930, München: Fink 2008, S. 11-34.
- Katzer, Hans: Bundestag, 7. WP, 93. Sitzung, 02.04.1974, S. 6253 B-6255 D.
- Keynes, John Maynard: The General Theory of Employment, Interest and Money, New York: Harcourt, Brace and Company 1935.
- Kiesinger, Kurt Georg: Bundestag, 5. LP, 80. Sitzung, 13.12.1966, S. 3656 C-3665 C.
- Klammer, Kristoffer: »Wirtschaftskrisen«. Effekt und Faktor politischer Kommunikation. Deutschland 1929-1976 (= Historische Semantik, Band 28), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2019.
- Koselleck, Reinhart: »Krise«, in: Ders./Otto Brunner/Werner Conze (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Band 3, Stuttgart: Klett-Cotta 1982, S. 617-650.
- Koselleck, Reinhart: »»Erfahrungsraum« und ›Erwartungshorizont‹ – zwei historische Kategorien«, in: Ders., Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1989, S. 349-375.
- Köster, Roman: Die Wissenschaft der Außenseiter. Die Krise der Nationalökonomie in der Weimarer Republik, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2011.
- Lambsdorff, Otto Graf: Bundestag, 7. WP, 67. Sitzung, 29.11.1973, S. 3926 D-3932 C.
- Lämmle, Kathrin/Peltzer, Anja/Wagenknecht, Andreas (Hg.): Krise, Cash & Kommunikation. Die Finanzkrise in den Medien, Konstanz: UVK 2012.

- Langewiesche, Dieter: »Gefülsraum Nation. Eine Emotionsgeschichte der Nation, die Grenzen zwischen öffentlichem und privatem Gefülsraum nicht ein-ebnet«, in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaften 15 (2012), S. 195-215.
- Leicht, Albert: Bundestag, 5. LP, 88. Sitzung, 26.01.1967, S. 4100 C-4104 D.
- Leonhard, Jörn: Liberalismus. Zur historischen Semantik eines europäischen Deutungsmusters (=Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London/Publications of the German Historical Institute London, Band 50), München: Oldenbourg 2001.
- Lütjen, Torben: Karl Schiller (1911-1994). ›Superminister‹ Willy Brandts (= Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Band 76), Bonn: Dietz 2008.
- Meier, Marietta/Saxer, Daniela: »Die Pragmatik der Emotionen im 19. und 20. Jahrhundert«, in: Traverse 14:2 (2007), S. 7-10.
- Mergel, Thomas: Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfs in der Bundesrepublik 1949-1990, Göttingen: Wallstein 2010.
- Mergel, Thomas: »Zeit des Streits. Die siebziger Jahre in der Bundesrepublik als eine Periode des Konflikts«, in: Michael Wildt (Hg.), Geschichte denken. Perspektiven auf die Geschichtsschreibung heute, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2014, S. 224-243.
- Meyer, Carla/Patzel-Mattern, Katja/Schenk, Gerrit Jasper (Hg.): Krisengeschichte(n). ›Krise‹ als Leitbegriff und Erzählmuster in kulturwissenschaftlicher Perspektive (= Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte – Beihefte, Band 210), Stuttgart: Steiner 2013.
- Müller, Hermann: Reichstag, 5. WP, 4. Sitzung, 17.10.1930, S. 48 D-56 A.
- Neubauer, Theodor: Reichstag, 4. WP, 115. Sitzung, 13.12.1929, S. 3544 A-3549 B.
- Neumaier, Eduard: »Ich habe innerlich gezittert. Ein Gespräch mit Herbert Wehner«, in: DIE ZEIT vom 04.07.1975, S. 3f.
- N.N.: »[Folgen des New-Yorker Börsenkrachs.] Ueberraschendes Eingreifen Hoover's. Ohne Beispiel in Amerikas Geschichte«, in: B.Z. am Mittag vom 16.11.1929, S. 1.
- N.N.: »Ende der Berliner Geldsorgen«, in: Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung, Nr. 286, 4. Beilage vom 30.11.1929, [S. 1].
- N.N.: »Die Verschärfung der Wirtschaftskrise. Berlin unter schwerstem Druck: Höhere Abgaben und Massen-Entlassungen«, in: B.Z. am Mittag vom 26.07.1930, S. 1.
- N.N.: »Börsensorgen überall«, in: Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung, 3. Beilage zu Nr. 199, vom 21.08.1930, [S. 1].
- N.N.: »General-Reinigung«, in: Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung, Beilage zu Nr. 130 vom 02.06.1931, [S. 1].
- N.N.: »Werft das Handtuch!«, in: BILD vom 29.10.1966, S. 1.
- N.N.: »Guter Start«, in: BILD vom 14.12.1966, S. 1.

N.N.: »Noch immer überwiegt die Vollbeschäftigung. Höhere Produktivität bei verrigerter Belegschaft/Präsident Sabel: Keine Krise«, in: SZ vom 02.01.1967, S. 7.

N.N.: »Kiesinger eröffnet Münchner Handwerksmesse. Appell an Unternehmer und Verbraucher. ›Wieder Vertrauen in die Wirtschaft gewinnen‹/Der Wille zur Entspannung bekräftigt«, in: SZ vom 10.03.1967, S. 1f.

N.N.: »Jetzt geht es aufwärts. 50000 Arbeitslose weniger«, in: BILD vom 16.03.1967, S. 1.

N.N.: »Letzter Appell an 38 Frauen und 480 Männer in Bonn. Haltet unser Geld zusammen!«, in: BILD vom 06.09.1967, S. 1, 6.

N.N.: »Gebt Gas, ihr müßt die Kurve kriegen. – Minister Schillers Appell auf der Automobil-Ausstellung, – ›Wieder schärferer Wind in den Segeln der Wirtschaft, – Keine weiteren Belastungen für Deutschlands Autofahrer«, in: BILD vom 15.09.1967, S. 1f.

N.N.: »Das Öl-Embargo trifft auch die Bundesrepublik. Der Verbraucher wird mehr zahlen müssen/Einschränkungen nicht in Sicht«, in: FAZ vom 01.11.1973, S. 15.

N.N.: »Energie-Krisenplan in der Schublade. Das Bundeskabinett befaßt sich in Kürze mit Entwürfen des Wirtschaftsministers«, in: SZ vom 05.11.1973, S. 1.

N.N.: »Ölkrisse: Kein Verlaß auf Großmütter«, in: DER SPIEGEL, Nr. 45 vom 05.11.1973, S. 23-27.

N.N.: »Rollt auf uns die große Wirtschaftskrise zu? Kurs stürzte an der Börse, Öl-Erpresser fügen unserer Industrie schweren Schaden zu«, in: BILD vom 13.11.1973, S. 2.

N.N.: »Arbeitnehmer zum Maßhalten aufgefordert. Brandt hält zweistellige Lohnforderungen im Öffentlichen Dienst für überhöht«, in: SZ vom 25.01.1974, S. 1f.

N.N.: »Minister Friderichs: Alle müssen vernünftig sein«, in: BILD vom 07.02.1974, S. 1.

N.N.: »Der neue Bundeskanzler kündigt ›eisernes Sparen‹ an. Es muß jetzt Abschied vom Wunderglauben genommen werden, sagt der Nachfolger Brandts/Heute Regierungserklärung«, in: SZ vom 17.05.1974, S. 1f.

Nützenadel, Alexander: Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949-1974, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2005.

Nützenadel, Alexander: »Der Krisenbegriff der modernen Ökonomie«, in: Thomas Mergel (Hg.), Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen, Frankfurt a.M.: Campus 2012, S. 47-58.

Papen, Franz von: »Rede des Reichskanzlers vor Vertretern der westdeutschen Wirtschaft in der Paderborner Schützenhalle am 16. Oktober 1932, 11:30 Uhr«, in: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett von Papen, 1. Juni bis 3. Dezember 1932. Band 2, bearbeitet von Karl-Heinz Minuth, Boppard: Booms 1989, S. 785-792.

- Peukert, Detlev: *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1987.
- Plamper, Jan: *The History of Emotions. An Introduction*, Oxford: Oxford University Press 2015.
- Plumpe, Werner: *Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart*, München: C.H. Beck 2010.
- Reddy, William M.: *The Navigation of Feeling. A Framework for the History of Emotions*, Cambridge: Cambridge University Press 2004.
- Reuschenbach, Peter: *Bundestag, 7. WP, 93. Sitzung, 02.04.1974, S. 6260 A-6263 B*.
- Ritschl, Albrecht/Spoerer, Mark: »Das Bruttonsozialprodukt in Deutschland nach den amtlichen Volkseinkommens- und Sozialproduktstatistiken 1901-1995«, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 2:2 (1997), S. 27-54.
- Römer, David: *Wirtschaftskrisen. Eine linguistische Diskursgeschichte (= Sprache und Wissen, Band 26)*, Berlin: De Gruyter 2017.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: »Sondergutachten März 1967: Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967«, in: Ders., Stabilität im Wachstum. *Jahresgutachten 1967/68*, Stuttgart/Mainz: Kohlhammer 1967, S. 260-268.
- Saxer, Daniela: »Mit Gefühl handeln. Ansätze der Emotionsgeschichte«, in: *Traverse* 14:2 (2007), S. 15-29.
- Schanetzky, Tim: »Von Keynes zu Friedman? Handlungsoptionen der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik in den siebziger Jahren«, in: Morten Reitmayer/Ruth Rosenberger (Hg.), *Unternehmen am Ende des >goldenem Zeitalters<. Die 1970er Jahre in unternehmens- und wirtschaftshistorischer Perspektive (= Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegeschichte, Band 16)*, Essen: Klar-text 2008, S. 149-168.
- Schiller, Karl: *Bundestag, 5. WP, 71. Sitzung, 10.11.1966, S. 3361 B-3367 C*.
- Schiller, Karl: *Bundestag, 5. WP, 95. Sitzung, 17.02.1967, S. 4328 B-4331 D*.
- Schiller, Karl: »Ein Jahr neue deutsche Wirtschaftspolitik. Politik einer dauerhaften sozialen Kooperation zur Erhaltung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, Chancen für die Wirtschaftspolitik, die Finanzreform und die mündige Gesellschaft. Rede vor der Industrie- und Handelskammer Hagen, 13.12.1967«, in: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 148, 15.12.1967, S. 1245-1248.
- Schmidt, Helmut: *Bundestag, 7. WP, 92. Sitzung, 29.03.1974, S. 6200 D-6208 B*.
- Schmidt, Helmut: *Bundestag, 7. WP, 100. Sitzung, 17.05.1974, S. 6593 C-6605 D*.
- Schmidt, Helmut: *Bundestag, 7. WP, 184. Sitzung, 17.09.1975, S. 12885 A-12898 A*.
- Schmücker, Kurt: *Bundestag, 5. LP, 71. Sitzung, 10.11.1966, S. 3367 C-3375 C*.
- Schulz-Forberg, Hagen: »Die Welt und wie sie sein sollte. Versuche transnationaler Normenbildung für eine globale Wirtschaftsordnung in den 1930er Jahren«,

- in: Jens Steffek/Leonie Holthaus (Hg.), *Jenseits der Anarchie. Weltordnungsentwürfe im frühen 20. Jahrhundert*, Frankfurt a.M.: Campus 2014, S. 174-202.
- Seefried, Elke: *Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945-1980*, Berlin: De Gruyter Oldenbourg 2015.
- Siegenthaler, Hansjörg: *Regelvertrauen, Prosperität und Krisen. Die Ungleichmäßigkeit wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung als Ergebnis individuellen Handelns und Lernens*, Tübingen: Mohr Siebeck 1993.
- Steber, Martina: *Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945-1980*, Berlin: De Gruyter 2017.
- Steinmetz, Willibald: »Anbetung und Dämonisierung des ›Sachzwangs‹. Zur Archäologie einer deutschen Redefigur«, in: Michael Jeismann (Hg.), *Obsessionen. Beherrschende Gedanken im wissenschaftlichen Zeitalter*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1995, S. 293-333.
- Steinmetz, Willibald: »New Perspectives on the Study of Language and Power in the Short Twentieth Century«, in: Ders. (Hg.), *Political Languages in the Age of Extremes*, Oxford: Oxford University Press 2011, S. 3-51.
- Strauß, Franz Josef: *Bundestag*, 7. WP, 19.09.1974, S. 7733 D-7745 B.
- Tanner, Jakob: »Krise«, in: Christof Dejung/Monika Domman/Daniel Speich Chassé (Hg.), *Auf der Suche nach der Ökonomie. Historische Annäherungen*, Tübingen: Mohr Siebeck 2014, S. 153-181.
- Ullmann, Hans-Peter: *Staat und Schulden. Öffentliche Finanzen in Deutschland seit dem 18. Jahrhundert*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2009.
- Verheyen, Nina: »Geschichte der Gefühle«, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 18.06.2010, http://docupedia.de/zg/verheyen_gefuehle_v1_de_2010 (letzter Abruf 20.06.2020).
- Vetter, Ernst Günter: »Das Schlagwort ›Lohnpause‹«, in: FAZ vom 24.09.1975, S. 1.
- Wengeler, Martin/Ziem, Alexander (Hg.): *Sprachliche Konstruktionen von Krisen. Interdisziplinäre Perspektiven auf ein fortwährend aktuelles Thema (= Sprache – Politik – Gesellschaft, Band 12)*, Bremen: Hempen 2013.
- Wengeler, Martin/Ziem, Alexander: »Wie über Krisen geredet wird. Einige Ergebnisse eines diskursgeschichtlichen Forschungsprojekts«, in: *Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik* 173:1 (2014), S. 52-74.
- Wengeler, Martin: »Die Analyse von Argumentationsmustern als Beitrag zur ›trans-textuell orientierten Linguistik‹«, in: Heidrun Kämper/Ingo H. Warnke (Hg.), *Diskurs – interdisziplinär. Zugänge, Gegenstände, Perspektiven*, Berlin: De Gruyter 2015, S. 47-62.

